

SOZIALISTEN

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courler ist in die Postzustellungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 49.

Berlin, den 8. Dezember 1912.

16. Jahrg.

Der Transportarbeiter-Notiz-Kalender 1913

hat in Einteilung, Anordnung und Inhalt — abgesehen von der durch die Vermehrung des Stoffes gegebenen Erweiterung — seinen Vorgänger weit übertroffen. Jeder Kollege, der sich für seine Organisation und deren Leistungen interessiert, muß im Besitz dieses Kalenders sein.

Die Internationale gegen den Krieg.

Eine gewaltige Demonstration für den Weltfrieden war der in Basel tagende internationale Arbeiterkongress. Der Kongress hat unter großer Begeisterung einstimmig ein Manifest zum Beschluß erhoben, das als Dokument des Friedenswillens der internationalen Arbeiterschaft auch an dieser Stelle seine Publikation finden soll:

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenschaffende Tätigkeit des internationalen Bureau's, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrechterhaltung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze aufgebaut und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volkseresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringsfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongress mit Genugtuung fest die vollkommene Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kampfe gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus er-

hoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gepläne mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Massen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge des Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongress fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche, ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongress fordert sie auf, in ihrer bewundernswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daran setzen wird, zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkaufte Ergebnisse des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke mißbraucht werden. Insbesondere aber fordert der Kongress die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entseelten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker einschließlich der Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns, Kroatiens und Slavoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Oesterreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Oesterreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habs-

burg beherrschten Teile der südslawischen Völker innerhalb der Grenzen der österreich-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongress erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreichisch-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongress nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongress fordert daher die Sozialdemokraten Oesterreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflusssphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongress den Proteststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Konterrevolution ihm veretzt hat. Darin erblickt der Kongress die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder anschickt, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwand dem blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongress erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Übergewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersetzen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker der Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder,

von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Oesterreich Ungarn als auch Rußlands jede Unterstüßung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwären enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Sassenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgend eine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Eroberungsgelüsten in Vorderasien zu widersetzen, die geradenwegs zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschließung eines Übereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebemerechts. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Übereinkommen fortzusetzen.

Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Nachstellung des Zarisismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Ueberfall Oesterreichs auf Serbien unmöglich machen und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundfäden über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzusetzen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen, und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß

der Deutsch-Französische Krieg, der den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des Russischen Reichs in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettbewerben Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorzurufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden, und dadurch das Proletariat zu verzweifeltten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschen zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß noch an euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß ihr in dieser entscheidenden Stunde eure Stimme vernehmen laßt! Verkündet euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachamen und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Kriegsschwärmer!

Motto:

„Welt davon ist gut vor'm Schuß!“

In Nr. 595 des „Tag“, vom 22. November cr., tütet ein gewisser Kurt Aram also gewaltig ins Horn: „Europas milde Augen (!) zeigen eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wachsende Schwärmerel für alle zivilisierteren Tugenden des Friedens. . . . Unsere Humanität strebt immer brünstiger dem Zustand zu, wo Leichtigkeit Schwäche und Einheit Leere ist. . . . Das moderne Ideal: größtmögliche Glückseligkeit der größtmöglichen Anzahl hat kein anderer Staat so gründlich (!) mit allen Mitteln der Geheggebung zu verwirklichen getrachtet, wie der unsere (1???)“

Nachdem so ein überhöfentliches Lob unserer herrschenden Sozialversicherung gesungen worden und als deren Folge von „Rentenhysterie“, „Renten-neurasthenie“ und „Rentenhypochondrie“ g-faselt worden ist, heißt es dann zum Schluß: „Unser Sozialidealismus wird uns mit der Zeit ein gewaltiges Heer von Memmen züchten, die nur noch an sich und ihre Krankheit denken, die nicht mehr für ihr Vaterland leben und kämpfen, sondern für „ihre“ Rente.“

Der gute Mann scheint sich bei dem Studium der Werke Wilhelm v. Humboldt etwas übernommen zu haben. Er jammert:

„Über schon so ein humaner Mann wie Wilhelm v. Humboldt hat gesagt: „In der Wirkung des Krieges auf den Volkscharakter erkenne ich eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts, und ungern sehe ich ihn mehr und mehr vom Schauplatz zurücktreten. Er ist das freilich furchtbare Extrem, durch das jeder tätige Mensch gegen Gefahr, Arbeit und Mühseligkeit geprüft und gepählt wird, und er allein gibt der ganzen Gestalt die Stärke und Mannigfaltigkeit, ohne die Leichtigkeit Schwäche und Einheit Leere wird.“

Demnach scheint der „humane“ Herr Aram etwa derselben Ansicht zu sein als das katholische Sonntagsblatt Oesterreichs, welches bei Ausbruch des Balkankrieges schrieb:

„Ein gründliches Gewitter erfrischt und reinigt die brüdende Atmosphäre, und wir halten dafür, daß, wenn es zum Schlagen kommt, der sittliche und wirtschaftliche Gewinn Europas schließlich groß sein wird. . . .“ (!!) Inzwischen floß das Blut bei Skiflisse, bei Eile-Burgas, bei Kumanovo. Von dem Blutbade bei Skiflisse berichtete besänftlich ein deutscher Krankenpfleger vom roten Kreuze: „Meistens waren den armen Opfern die Augen ausgestochen, Nase und Ohren abgeschitten, vielen der Leib aufgeschlitten. . . . Patagans, Handfars, Messer und Gewehrkolben, Lariatenbeile, selbst die bloße Faust und die Zähne benutzten die Verteidiger. Wir haben später mehr als einen Bulgaren gefunden, dem die Gurgel durchgebissen war. Viele gefangene bulgarische Soldaten waren auch von den Kurden gepählt worden.“ Bei Eile-Burgas fielen 40 000 Türken wachend und verblutend zu Boden. „Eine zersetzte und zusammengeworfene Masse“, berichtete ein Zeuge der furchtbaren Vorgänge. Tausende schleppten sich selbst mit offenen Geschosswunden im Kopfe oder im Unterleib zu Tode, die meisten hatten Schapnelwunden. Und dann die Szenen aus der Schlacht bei Kuma-

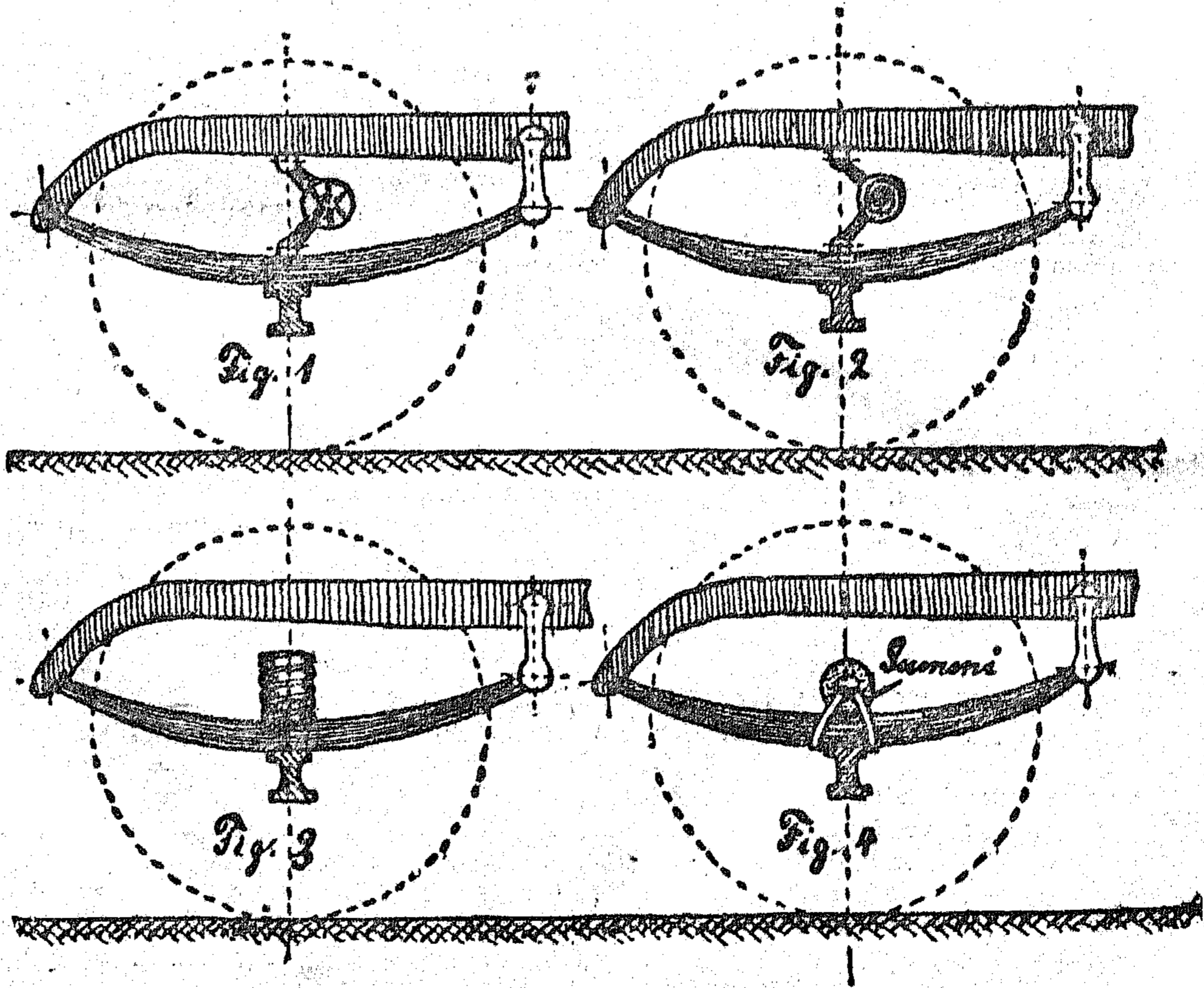
Die Federung bei Automobilen.

(Schluß.)

Um den früher mehr als jetzt vorkommenden Federbrüchen zu begegnen, baute man zwischen Achse und Rahmen einen sogenannten Stoßfänger, welcher durch seine dremfende Wirkung bei einer Bewegung der Achse gegen den Rahmen in Funktion tritt, den Stoß in sich aufnimmt und somit der Rahmen mit seinen Getriebeteilen nicht davon getroffen wird; zu gleicher Zeit schließt er die Feder vor zu hoher Beanspruchung. Den Grundgedanken, mit Hilfe dieser Apparate den Stoß in Reibung zu verwandeln, ist in verschiedenartiger Gestaltung zur praktischen Ausführung gekommen. Eine Bauart ist die folgende: Sowohl an dem Rahmen als an der Achse sind scharnierartig zwei Stangen befestigt, welche in Scheiben endigen, die durch eine Feder fest aneinander gepreßt werden. Eine Verdrehung der beiden Scheiben tritt unter Überwindung der Reibung dann ein, wenn ein heftiger Stoß die Achse gegen den Rahmen bewegt. Ein neuer Konstruktionsgedanke ist in der Fig. 1 zur Darstellung gebracht. Wie bei der vorhergehenden Konstruktion sind wieder zwei Stangen, die eine an der Achse, die andere am Rahmen angelenkt. Die obere Stange endigt in einem Gehäuse, während die untere in demselben drehbar gelagert ist und auf der Achse ein Schaufelrädchen trägt. Das Gehäuse ist mit einer ganz zähflüssigen Masse vollständig gefüllt und überall gut abgedichtet. Der die Achse treffende Stoß hat nun zur Folge, daß eine Drehung des kleinen Schaufelrades eintritt, die jedoch durch das gleichzeitige Verdrängen der eingeschlossenen Leigmasse sehr erschwert wird. Auf dem Wege nach dem Chassis wird also der Stoß von diesem elastischen Mittel eingezogen. Eine andere Ausführung ist in der Figur 2 schematisch dargestellt. Diefelbe ist ähnlich wie die eben beschriebene, nur tritt an die Stelle der teigartigen Masse die Wirkung einer Spiralfeder, welche bei Annäherung von Achse gegen Rahmen, immer mehr gespannt wird und dadurch den Stoß in sich aufnimmt. Weil derartige Stoßfänger vor allem die Bruchgefahr der Feder herabzumindein, sind sie bei Rennwagen gern in Anwendung gekommen; einer allgemeinen Einführung standen verschiedene Mängel, sowohl in der Ausführung als auch in der Wirkungsweise entgegen. In dem ja an sich berechtigten Streben nach kompakterer Bauart solcher Apparate bekamen die Reibflächen zu kleine Dimensionen, so daß die Ab-

nutzung eine zu große ist. Die eingeschalteten elastischen Mittel (Leigmasse, Spiralfeder) boten zu wenig Masse, um bei den immer auftretenden Stößen dauernd elastisch zu arbeiten. Die Feder neigt zum Bruch, die teigartige Masse muß sich bei längerem Betrieb erwärmen; durch die damit verbundene Veränderung der Konsistenz ist die stoßdämpfende Wirkung eine mindestens sehr schwankende. Der Mangel in der Wirkung liegt in der Tatsache begründet, daß das Zwischenschalten derartig schwer elastischer Mittel wohl die Bruchgefahr mindert, dafür aber die Empfindlichkeit

der Feder derart abschwächt, daß dieselbe von den kleineren Stößen überhaupt nicht mehr angesprochen wird. Tatsächlich bildet ja auch (siehe die Fig.) der Stoßfänger eine Art halbstarre Verbindung zwischen Achse und Rahmen. Gerade aber die Absorption (Aufsaugen) der feinen Stöße und Vibrationen ist das charakteristische eines gut gefederten Wagens. Andere Mittel, die in dieser Hinsicht etwas besser wirken, sind in den Fig. 3 u. 4 skizziert. Sowohl die gewundene Hilfsfeder, als auch der Gummpuffer treten erst dann in Wirkung,



notwol 6000 Serben wurden in die Lazarette gebracht. Als ein Berichterstatter das Scharhfeld betrat, sah er nebeneinander hauenweise Kadaver gefallener Pferde. 'Soweit das Auge reicht, bis zu den Hügelu, erblickt man immer wieder diese Pferdeleichen; dazwischen hoden die Raben auf dem Boden und kretschon in dunklem Wehagen...'
Hinzufügen wolken wir noch, das Bulgarien in den blutigen Meyeleiten bis neuerdings vor der Eschaltalschalinie die Elite seines Heeres und damit seines Volkes verloren hat. Wie berichtet wird, sind in einem einzigen Gejecht mehrere Hundert Gelehrte u., die Blüte der Geistesaristokratie, gefallen, so das Bulgarien nach dem Friedensschluß mangels genügender Intelligenzen (!) Schwierigkeiten in der Besetzung der neuen Aemter haben wird! Ferner ist der Kern des Volkes im besten Mannesalter dem 'männermordenden' Krieg sowie der Cholera zum Opfer gefallen, so das jetzt nur noch 16- bis 17jähriqe Jünglinge und Kriegschwärmer nach der Front gezogen werden können! Dazu bedenke man das zum Himmel schreiende Geloqd der hinterlassenen Wittwen und Waisen, im Geloqd mit Hungersnot und Seuchen, und — man muß schon die 'Tugenden' eines Kurt Kram — vor allen Dingen aber seine philosophische dicke Haut — besitzen, um für die 'Stählung und Prüfung der tätigen Menschen gegen Gefahr, Arbeit und Mühseligkeit' durch den Krieg! — zu schwärmen! Ist das nicht blutiger Hohn?
Über vielleicht befindet sich unser 'kriegsbegeisterter' Herr Kram bereits in einem Alter, wo des Königs Ruf nicht mehr an ihn ergehen kann, und denkt mit 'Krapplinski' und 'Wasschlappski':
'Oben bleiben wie das Sterben
Für das Vaterland ist süß!

Loben bleiben wie das Sterben
Für das Vaterland ist süß!
Für derartige 'Helden' aber gibt es tatsächlich nur ein Rezept: 'Man stecke sie in Uniform und schlebe sie nach der — Eschaltalschalinie ab! Dort gebe man ihnen Gelegenheit, den 'süßen Tod für das Vaterland' persönlich zu erproben! Wenn sie dann mit herabhängenden Eingeweiden nach stundenlangem Qual und vielleicht noch von den eigenen Kameraden rücksichtslos mit dem Gesichts in den Koi getreten werden und darin ihre 'edle' Seele ausschauen müssen, dann dürfte mit Garantie die Wirkung unseres Rezepts eintreten: Sie werden dann noch mit einem letzten Seufzer den Krieg und sich selbst verfluchen!

Bum Kampf im Leipziger Buchhandel.

Die Scharmacher haben nunmehr in ihrem Organ offen zugestanden, das der Kampf von ihnen absichtlich provoziert worden ist. Damit haben sie sich gleichzeitig als Lügner und Schwindler ersten Grades entlarvt.

Nun haben aber die Herren vom 'hochachtbaren Buchhandel' auch die letzte Wäste fallen lassen. Nicht nur, das sie die im vollen Sinne des Wortes arbeitswilligen Markthelfer und Burschen auf die Straße zwangen, das sie ihnen die von ihrem sauer verdienten Lohne abgezogenen Beiträge für den Wohlfahrtsrummel beschlagnahmten, sie tun jetzt ein übriges, indem sie die Ausständigen und Ausgesperrten auf die schwarze Liste setzen und sie so der

Planmäßigen AusHungierung überantworten. Fürwahr, ein Selbstenst, ihr Herren von Besitz und Bildung! —

Die vom Buchhändler-Hilfsverband zu Leipzig angefertigte schwarze Liste enthält 330 Namen von Markthelfern und Arbeitsburschen

Der Edelste.

Von Johann Gottfried Herber.

Ein böses Selbentum, wenn gegen Mensch der Mensch zu Felde zieht Er dürfste nicht nach seinem Blute, das er nicht trinken kann; er will sein Fleisch nicht essen; aber ihn zerhaun, zerhacken will er, töten ihn! — Aus Rache? Nicht aus Rache; denn er kennt den andern nicht und liebet ihn vielleicht. Auch nicht sein Vaterland zu retten, zog er fernem Landes her. Ein Machtgebot hat ihn hierher geführt; roher Sinn, die Raubsucht, Sucht nach höherer Sklaverei. Von Wein und Branntwein glühend, schließt er, sticht und haut und mordet — weiß nicht, wen? warum? wozu? bis beide Helden dann, verbannt ins Schloß der Lubarmherzigkeit, ein Krankenhaus, mit andern Hunderten daliegen ächzend, und sobald den Krieg Not und Hunger endet, alle dann als Mörder-Krüppel durch die Straßen ziehn und betteln. Ach, sie mordeten um Sold, gedungene Helden aus Tradition.

Ein edler Held ist, der fürs Vaterland, ein edlerer, der für des Landes Wohl, der edelste, der für die Menschheit kämpft. Ein Hohepriester, trug er ihr Geschick in seinem Herzen und der Wahrheit Schilde auf seiner Brust. Er steht im Felde. Feind des Aberglaubens und der Heppigkeit, des Irrtums und der Schmeicheleien Feind, und fällt, der höchsten Majestät getreu, dem redlichen Gewissen, das ihm sagt: er suchte nicht und floh nicht seinen Tod.

mit genauer Angabe der Vornamen, des Alters, des Geburtsortes und der Wohnung sowie der Firma, bei der der Ausständige oder Ausgesperrte zuletzt tätig war. Diese Liste ist an alle 'Interessenten' versandt und bezeichnenderweise mit dem Vermerk 'vertraulich' versehen worden. Es ist also die geheime Feme, zu der nun die 'hochachtbaren

Herren vom Buchhandel" gegriffen haben. Und zwar schwarzte sie unterschiedslos Ausständige und Ausgesperrte an. Die sie also schon einmal gewaltsam an freiwilliger Arbeit hinderten, hindern sie hier zum zweiten Male, ja, sie sind bestrebt, diese dauernd aus ihrem Berufe auszuschalten, wenn irgend möglich überhaupt brotlos zu machen. Eine schone Illustration zu den Lobesfängen, die alljährlich zur Kantaefeier vom Buchhandlungsgehilfen und auch von so manchem Markthelfer auf die 'hochachtbare Prinzipalität' erklingen. Am Ende haben ja aber die schwarzen Listen auch keinen anderen Zweck, als die Ausständigen und Ausgesperrten durch Abschneiden anderer Arbeitsmöglichkeit wieder in die Proletenklasse der Scharmacher zu treiben, sie einzuschüchtern, damit sie sich zerptütern und so den Treibern den Sieg ermöglichen. Das viele kleine Kommissionäre der Frieden wollen, steht fest. An der Verwirklichung ihrer Absicht werden sie nur verhindert durch den unlaublichen Terror der Drahtzieher im Buchhandel, die eine Konventionale Strafe von zehntausend Mark durchgesetzt haben für den Fall, das eine Firma ohne ihren Willen mit ihren Arbeitern Frieden schließt.

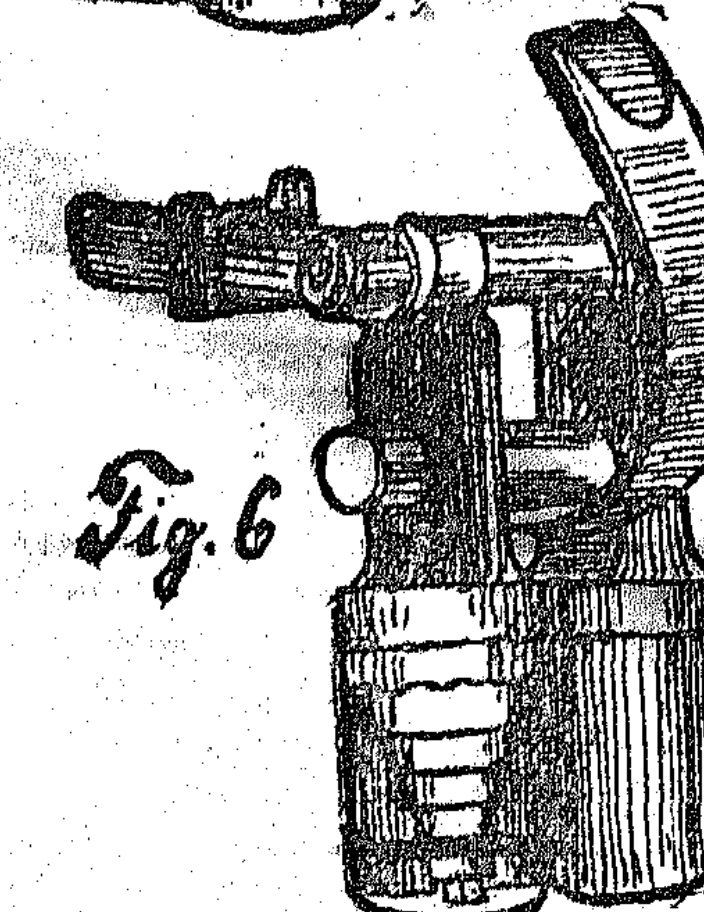
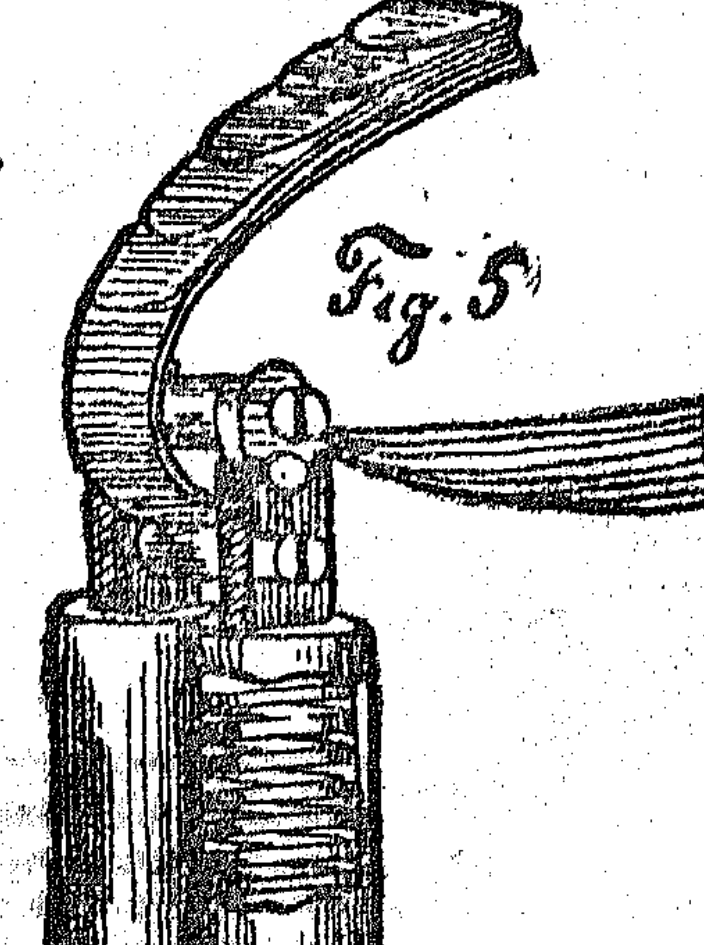
Es ist ein alter Diplomatentrick, sich um so siegesgewisser zu gebärden, je mehr man in der Tiefe sitzt. Mit solchen Listen glauben derartige Intelligenzen den Gegner zu verblühen, ihn wankelmütig zu machen, und das Rezept wenden jetzt auch die Macher im Buchhandel an. In ihrem Sprachrohr, den L. N. N., lassen sie hoch zu Ross austrumpfen, das eine am Mittwoch im Buchhändlerhause abgehaltene Versammlung des Buchhändler-Hilfsverbandes den Vorstand ermächtigt habe, 'einwage Anträge von der Leitung des Transportarbeiter-Bundes über Aufnahme von Verhandlungen abzuzulehnen, ohne das es hierzu der Einberufung einer Versammlung bedürfe.'

Mit dieser etwas sehr voreiligen Erklärung wollen sich die Herren den Anschein geben, als säßen sie im Schiffe und schnitten gemäßlich ihre Weisheit, während ausgerechnet am Tage vor dieser Beschlusfassung — bei der ja die Großen entsprechend dem Umfang ihrer Betriebe ein viel größeres Stimmrecht haben als die Kleinen — im amtlichen Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel folgende Besanmmung des Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig erschien:

Zur Durchführung einer geordneten Expedition während des gegenwärtig in Leipzig stattfindenden Martthelersstreiks ersucht uns der Buchhändler-Hilfsverband Leipzig, seine an den Verlagsbuchhandel gerichtete Bitte: auf den Fakturen und Mast-Journalzetteln der über Leipzig gesandten Beschlüsse die Namen der Kommissionäre zu notieren. Zu unterzeichnen.

Wir kommen diesem Ansuchen gern nach und bitten die Herren Verleger, während der Zeit des Streiks allgemein in ihren Geschäften durchzuführen, das bei allen über Leipzig gesandten Bücher-Paketen und Zeitschriften-Fortsetzungen die Namen der Kommissionäre in die

wenn die Hauptfeder von einem größeren Stoß getroffen wird. Der Rahmen setzt sich dann auf die Feder resp. den Puffer auf, wodurch einem Weiter-schwingen der Hauptfeder elastisch Halt geboten wird. Die Einschaltung einer Feder nach Fig. 3 ist übrigens ein bewährter Hilfsmittel für den Fall eines Vorder-seiberbruchs. Auch der Gummipuffer hat seine Mängel. Solange eine vorzügliche Gummisorte verwendet wird, hält die Elastizität für geraume Zeit an. Immerhin



hält der beste Gummi den Einflüssen von Sonne, Regen und Kälte für die Dauer nicht stand; er wird spröde und brüchig und wird dann seiner elastischen Eigenschaften verlustig.
Entgegen der Arbeitsweise der bislang besprochenen federnden Hilfsmittel streben nun die Neuerungen auf diesem Gebiete dahin, Apparate zu finden, welche die Aufnahme feinerer Stöße ermöglichen. Die für diese Einrichtungen geklaufte Bezeichnung Federdämpfer ist insofern unzweckmäßig und finnenteilsend, als er weniger die Feder dämpfen als die Empfindlichkeit derselben vergrößern soll. Den vielen Konstruktionen, mit denen der Markt gegenwärtig geradezu überschwemmt wird, liegt im wesentlichen folgende Überlegung zugrunde: Soll die Feder, auch bei großer Geschwindigkeit, voller Belastung und schlechter Fahrbahn nicht brechen, so verlangt dieselbe eine Steifigkeit und Härte, welche es ihr unmöglich macht, von geringeren und oft und schnell sich wiederholenden Stößen angesprochen zu werden. Die fest aufeinander gepreßten Federblätter geben der Feder ein gewisses Beharrungsvermögen, das die Feder nach einem heftigen Stoß bald wieder beruhigt. Diese Tatsache birgt die Unempfindlichkeit gegenüber feineren Stößen in sich. Bei Verwendung von edlem Federstahl ist die Wagenfeder imstande, höchstens zirka 10 Schwingungen pro Sekunde zu machen, während durch Versuche festgestellt ist, das bei schlechter Straßenoberfläche die Achse zirka 30 Schwingungen pro Sekunde zu machen gezwungen ist. Die Feder wirkt also zu schwerfällig, sie kommt nicht mehr mit und die Stöße übertragen sich auf den Rahmen. Handelt es sich um die Hinterräder, durch welche die treibende Kraft des Wagens in der Regel übertragen wird, so tritt noch ein unvorteilhaft wirkendes Moment in Erscheinung, indem die Räder nicht mehr an der Fahrbahn 'leben', sondern für kurze Momente in der Luft schweben, und weil nun kein Widerstand vorhanden, eine größere Umfangsgeschwindigkeit annehmen. Kommt nun das Rad wieder in Berührung mit der Fahrbahn, so ist der Neu so lange gezwungen zu gleiten, bis wieder die Geschwindigkeit des Rades jener des Wagens entspricht. Das diese Erschütterung einen stärkeren Gummiverschleiß zur Folge haben muß, ist ohne weiteres einleuchtend, da sich ja dieser Vorgang in der Sekunde bis zirka 30 mal abspielen kann. Die Ersparnis an Gummi bildet also mit den Grund, warum man vor allem die Hinterräder mit Stoßdämpfern auszurüsten Veranlassung hat, und deren Aufgabe darin besteht

die oft auftretenden feinen Vibrationen und Stöße, für welche die eigentliche Wagenfeder fast unempfindlich ist, aufzufangen. Wie aus der beigegebenen Fig. 5 hervorgeht, werden diese Apparate am Ende der Feder zwischen Federbolzen und Rahmen eingeschaltet. Die Wirkung wird erreicht durch eine gewundene Feder, welche, da kein Reibungswiderstand wie bei der Blattfeder vorhanden ist, auf die feinsten Stöße reagiert. Zum Schutz gegen Rost ist die Feder in eine Hölse eingeschlossen, welche vollständig mit Fett angefüllt und gut abgedichtet ist. Der Mangel der ersten Apparate, das die Federbolzenführung den starken seitlichen Beanspruchungen, die auch hauptsächlich beim Gelingen des Fahrzeuges eintreten, nicht gewachsen und somit starkem Verschleiß unterworfen war, ist bei den neueren Ausführungen durch entsprechend soliden Ausbau dieses Teils verschwunden. Eine solche Führung der Federstange ist deshalb wichtig, weil bei Abnutzung ein Klemmen auftritt und somit die Feder nicht einwandfrei arbeiten kann. Der in Fig. 6 skizzierte Apparat entspricht dem neuesten Stand der Technik auf diesem Gebiete. Die Ausführung der Feder bietet Interesse; die äußere Form erinnert an eine Wagenpufferfeder. Die eigenartige, spiralförmig gewundene Form der Feder gibt derselben sehr brauchbare Eigenschaften dadurch, das sie zur Aufnahme starker und schwacherer Stöße, so arbeiten die Federwindungen mit größerem Durchmesser, bei einem starken Stoß kommen die größeren Windungen zur Anlage und es arbeiten nur noch die kleineren, welche einen stärkeren Stoß aufzunehmen imstande sind. Das ganze Gehäuse ist mit Fett angefüllt, so das der Kolben eine dämpfende Wirkung auf das Pendeln der Feder ausübt. Andere Konstruktionen verwenden an Stelle der Spiralfeder ein ganzes System verschiedener starker Federn, die sich indessen in der Wirkung mit der eben besprochenen Ausführung decken. Federdämpfer werden in der Regel von der Automobilfabrik nicht mitgeliefert; in einer Art Selbsthilfe läßt sie der Käufer später anbringen als wirksames Hilfsmittel gegen die von der Fabrik oft schlecht abgestimmten Federn seines Wagens. Für eine rationelle Massenfäbrication ist eine gleichmäßige Herstellung der Teile Grundbedingung; andererseits verlangt der Käufer eine möglichst individuelle Veranstellung seiner besonderen Wünsche in bezug auf Rostschutz, wodurch wieder die Federbelastung resp. die Weichheit einer vorhandenen Feder wesentlich beeinflusst wird. Die Grenze ist da schwer zu ziehen.

In die obere Ecke der Fatturen und Post-Journale...

Leipzig, den 26. November 1912.

Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Und in der gestrigen Nummer desselben Blattes wird rund und neu zugegeben, daß „bis auf weiteres“...

Das will denn doch nicht recht übereinstimmen mit der hochmütigen Geste des Hilfsverbandes...

Einen wehmütigen Salat serviert ihren Lesern die Allgemeine Buchhändlerzeitung.

Diese Wehmütigkeit gibt die Stimmung in weiten Kreisen des Buchhandels-Unternehmertums wieder...

Eine Durchleuchtung ihrer nützlichsten Elemente nimmt jetzt die Firma F. Woldmar vor.

Leipzig, den 16. November 1912.

F. W.

Hierdurch bitten wir unsere neuen Angestellten, uns bis Montag früh das einliegende Formular...

Des Weiteren bitten wir Sie, uns sämtliche Ihnen zur Verfügung stehenden Originalpapiere...

Wer von Ihnen das Geschick hat, einen kurzen Lebenslauf zu schreiben, soll auch dies tun...

Stammrolle, Arbeitsbestimmungen, Originalpapiere, Lohn- oder Arbeitsbücher usw.

Bitte wir in das Ihnen übergebene Rubert zu stecken und mit diesem am Montag bei Antritt Ihrer Arbeit...

Ihre Papiere werden Sie dann nach einigen Tagen, nachdem wir alles haben durchprüfen lassen...

Hochachtungsvoll F. Woldmar.

Daß dieses Formular einem Steckbrief verwehrt ähnlich sieht, werden wohl auch manche der schmerzhaften Gestalten herausfinden...

Wie unwahrhaftig übrigens all die Behauptungen waren, die „neuen Kräfte“ seien völlig zureichend...

Alles in allem, die Scharfmacher opfern riesige Summen in dem gegenwärtigen Kampfe...

Wie entgegen allen anderen Behauptungen die Zustände im Kommissionshandel verworren und nachgerade unhaltbar sind...

So wie jetzt der Verkehr über Leipzig erfolgt, kann für die Dauer nicht mehr gewirtschaftet werden...

Andre Firmen, die größere Kontinuationen haben, erhalten von den einzelnen Verlegern ihre Sendungen...

Wie jetzt in Leipzig geschlammpt wird, ist nicht zu beschreiben. Um nur einen Fall herauszugreifen...

unliebsame Dinge wiederholen sich tagtäglich. Um seinen Betrieb nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten...

Der Buchhändler-Hilfsverband rühmt sich und gibt seiner Freude Ausdruck, daß sich viele „brauchbare“ Arbeitswillige gefunden haben...

Wenn man sich die Lohnabelle genauer betrachtet, so muß man sich fragen, wie denn überhaupt ein Markthelfer...

Wenn in andern Branchen noch geringere Löhne gezahlt werden, so ist doch dabei in Betracht zu ziehen...

Der Zufassung des Zirkulars sehe ich baldigst entgegen und bitte Sie gleichzeitig, da Sie doch wohl Fühlung mit den Großbuchhandlungen haben...

Mit dieser Auffassung stehe ich nicht verträglich da, wie unser letzter Vereinsabend deutlich genug erkennen ließ.

Ein Sortiment.

Diese Zuschrift zeigt, wie stark die Gärung unter den Sortimentern ist, die jetzt zur geschäftlichen Hochkonjunktur durch die Gewissenhaftigkeit einiger Scharfmacher...

Den Maßregelungsbeschluss zurückgenommen!

Vor etwa 14 Tagen ließen die Macher im Buchhandel durch ihre allzeit willige Diene vom Peterssteinweg verkünden...

An der Richtigkeit der Meldung zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor. Sie bestätigt, was wir so oft behauptet haben...

Die Aufhebung des Beschlusses zeigt aber auch, welche Umwege die Unternehmer gehen zu müssen glauben...

Als er dort mitteilte, welche Antwort ihm von der Firma Stöhr gegeben wurde, meinte der Inhaber derselben: „Das selbe wollte ich Ihnen auch gerade sagen.“ Das Gespräch war hiemit beendet. In einer Versammlung am 13. November wurden diese Antworten den Kollegen mitgeteilt. Sie beschloßen darauf einstimmig, am andern Morgen die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde auch durchgeführt. Nur bei der Firma W. u. N. Stöhr in Barmen blieb ein Arbeitswilliger stehen. Das hatten die Firmeninhaber doch nicht erwartet. Ihre Verlegenheit stieg auf das höchste. Nach $\frac{3}{4}$ stündigem Streit suchte die Firma Steinhoff um Verhandlungen nach. Die Verhandlung dauerte nur eine halbe Stunde und der eingereichte Tarifvertrag wurde unterzeichnet. Der Wiederaufnahme der Arbeit bei dieser Firma stand nichts mehr im Wege. Nachdem die Firma J. C. Müller einnahm, daß arbeitswillige Kutscher nicht zu bekommen waren, lenkte sie gleichfalls ein. Am demselben Abend suchte sie noch um Verhandlungen nach. Auch hier wurden die Vereinbarungen nach kurzer Verhandlung unterzeichnet. Die Kollegen dieser Firma nahmen darauf am andern Tage die Arbeit wieder auf. Nicht so schnell ging es mit der Firma W. u. N. Stöhr. Sie versuchte mit ihrem Verwalter und dem einen Arbeitswilligen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Hoffnung, arbeitswillige Kutscher und Lagerarbeiter zu bekommen, erfüllte sich nicht; im Gegenteil: der eine Arbeitswillige kehrte am dritten Tage auch nicht mehr in den Betrieb zurück. Jetzt war Holland in Rot. Auch diese Firma suchte am Morgen des dritten Streitstages um Verhandlungen nach. Nachdem auch hier der eingereichte Tarifvertrag unterzeichnet war, wurde von den Kollegen nach $\frac{1}{2}$ tägigem Streit die Arbeit wieder aufgenommen. Der Tarifvertrag ist bei allen drei Firmen, mit unwesentlichen Änderungen, gleichlautend. Er enthält im Wesentlichen:

„Die tägliche Arbeitszeit beträgt für die Kutscher 11 und für die Lagerarbeiter 10 Stunden. In die tägliche Arbeitszeit fallen Pausen mit einer Gesamtdauer von 2 Stunden. Samstags beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden.“

Der Mindestwochenlohn beträgt 33,— M. und steigt nach einem Jahr auf 34,— M. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht.

Gesetzliche Feiertage, welche auf einen Wochentag fallen, dürfen vom Lohne nicht gekürzt werden. Der Stadtdienst am Sonntag wird mit 2,— M. vergütet.

Die Spesen für auswärtige Touren werden in derselben Höhe wie bisher gezahlt. Kutscher, welche bis 3 Uhr nachmittags durchfahren müssen, erhalten für Mittagessen 1,— M. vergütet.

Die Lohnzahlung erfolgt Freitags; fällt der Freitag auf einen Feiertag, auf den vorhergehenden Wochentag.

Den Kutschern und Lagerarbeitern werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Fortzahlung des vollen Lohnes Ferien gewährt. Die Ferien betragen nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage und nach zweijähriger Beschäftigung 6 Tage.

In Krankheitsfällen wird nach $\frac{1}{2}$ jähriger Tätigkeit für die erste Woche der volle Lohn weiter gezahlt. Aus § 616 des G. B. gilt folgendes:

Lohnabzug findet nicht statt: bei militärischen Mannschaften und Kontrollversammlungen, öffentlichen Wahlen, behördlichen Terminen, Familienercognitionen, wie Ertrankungs- oder Todesfällen, für die nach dem besonderen Falle dazu nötige Zeit.“

Die durch den Vertragsabschluss erzielte Lohnzulage beträgt 3 bis 5 — M. für die Woche. Die Arbeitszeit wurde pro Woche um 2 Stunden verkürzt. Außerdem wurde die Gewährung von Ferien vertraglich festgelegt. Bei der Firma Stöhr beträgt der Wochenlohn jetzt 30,— M. und steigt im nächsten Jahr auf 31,— M. Es werden hier aber noch jede Woche 2 — M. für Sachgeld und alle Vierteljahr 15,— M. Mietschadigung gezahlt.

Mit dem Erfolg dieser Lohnbewegung können unsere Kollegen wohl zufrieden sein. Wäge der Verlauf derselben allen Kollegen im Wuppertale ein Ausporn sein, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß auch die uns noch fernstehenden Berufskollegen der Organisation zugänglich werden. Dann wird es uns

auch möglich sein, für andere Berufsgruppen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Deshalb Kollegen: Frisch ans Werk! Dem Müdigen gehört die Welt!

Die Inhaber der Frankfurter Haderinstitute als Feinde des Koalitionsrechtes! Augusto mußte die Arbeiterpresse gegen die Haderinstitute Stellung nehmen. Fast keine Woche vergeht, wo nicht ein Bericht von einer Gewerbergerichtsverhandlung die „Volksstimme“ zustande irgendeines Haderinstituts beleuchtet. Trotzdem fallen noch Dutzende von Arbeitern auf die rekrutierten, in den bürgerlichen Blättern: „Generalanrufer“, „Frankfurter Nachrichten“ usw., täglich erscheinenden Stelleninserate hinein. Arbeiter aller Berufe, die infolge längerer Arbeitslosigkeit in Bedrängnis geraten sind, glauben die Gelegenheit benutzen zu können, sich über die arbeitslose Zeit hinwegzuhelfen. Doch — wie werden die Kleinsten enttäuscht! Sie erhalten einen Anfangslohn von ganzen 10 Mark wöchentlich! Nach einigen Wochen erhöht sich dieser „Lohn“ auf 15 Mark und dann auf den „Höchstlohn“ von 18 Mark! Dabei muß beachtet werden, daß die tägliche Arbeitszeit 14 Stunden beträgt! Der Sonntag wird nicht extra vergütet, er gehört vielmehr zur Arbeitswoche! Der Stundenverdienst der Haderler beträgt somit 10, 15 und 18 Pfennig! Aber selbst dieser geringere Lohn wird den Leuten nicht voll ausbezahlt. Es werden davon noch Abzüge gemacht für Kautions- und Reparaturen, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge usw., so daß die armen, bedauernswerten Opfer fast gar nichts mehr von ihrem „Lohn“ übrig behalten. Uns lagen Lohnzettel vor, wonach für 4 Tage 8,68 Mark, 10,85 Mark, für 3 Tage 5,57 Mark gezahlt wurden. Ein Arbeiter hatte sogar bloß in 1 $\frac{1}{2}$ Tagen ganze 97 Pfennig erhalten! Dabei sind die Institutsinhaber wirklich in der Lage, angemessene Löhne zu zahlen. Haderler, die die Verhältnisse kennen, versichern, daß in kleineren Instituten, die circa 6 Mann beschäftigen, pro Monat 1200 Mark Reingeinn erzielt werden ist! Es ist ja auch begreiflich. Ein Vote mit Rad kostet z. B. $\frac{1}{4}$ Stunde 30 Pfennig, $\frac{1}{2}$ Stunde 50 Pfennig, $\frac{3}{4}$ Stunde 60 Pfennig und 1 Stunde 70 Pfennig. Ein Vote mit Stofstarren kostet $\frac{1}{4}$ Stunde 40 Pfennig, $\frac{1}{2}$ Stunde 50 Pfennig, $\frac{3}{4}$ Stunde 70 Pfennig und 1 Stunde 90 Pfennig. Welche unlaute Trolch angewandt werden, das Publikum zu täuschen, dafür folgendes Beispiel: Es gibt bekanntlich rote, grüne, schwarze, goldene, silberne, blaue, Unionradler usw. Alle diese Farbenschiedlungen sind jedoch nur äußerlich. Tatsächlich sind die roten, grünen und schwarzen eine Couleur, d. h. sie sind alle „Schwarz“. Es soll oft vorkommen, daß bei den „Schwarzen“ ein Auftrag einläuft, den man infolge der geringen Anzahl der Beschäftigten (5 Mann) nicht ausführen kann. Flug geht der schwarze Institutsinhaber ans Telefon und meldet den Fall dem roten oder grünen Kollegen; es wird sodann aus diesen Geschäften ein Vote gefordert, aus dem roten Haderler wird schnell ein „Schwarzer“ gemacht.

Der Grund, uns mit diesen Zuständen eingehender zu beschäftigen, ist der, daß die in den Haderlinstituten beschäftigten Arbeiter fast bei jeder Gelegenheit dazu benutzt werden, ihren Arbeitsbrüdern bei Streiks in den Rücken zu fallen. Für die schwer um die Erhebung ihres Lebensniveaus kämpfenden Handelsarbeiter bilden diese Haderler eine Gefahr, weil die Institute fast wie Pilze aus der Erde schießen. Die wiederholten Anstrengungen des Transportarbeiterverbandes, diese Zustände zu ändern, waren nur von minimalen Erfolgen begleitet. Die Institutsinhaber wissen, daß mit dem Moment, wo die Organisation bei den Haderlern Fuß gefaßt hat, den schandbaren Zuständen ein Ziel gesetzt ist! Als vor kurzer Zeit ein aufklärendes Flugblatt unter den Angestellten verteilt und sie zu einer Versammlung am 8. November eingeladen wurden, meinten die Chefs, „wer zur Versammlung ginge, hätte die Konsequenzen zu tragen“. Am Mittwoch den 13. November fand nun eine weitere Versammlung statt. Inzwischen verständigten sich die Herren Institutsinhaber darüber, ihren Angestellten den Besuch der Versammlung bei Androhung der Entlassung zu verbieten. Danach wurde auch in allen Geschäften gehandelt. Tatsächlich ließen sich die meisten Kollegen einschüchtern und blieben der Versammlung fern. Von den „Grünen“ wurde ein Kollege,

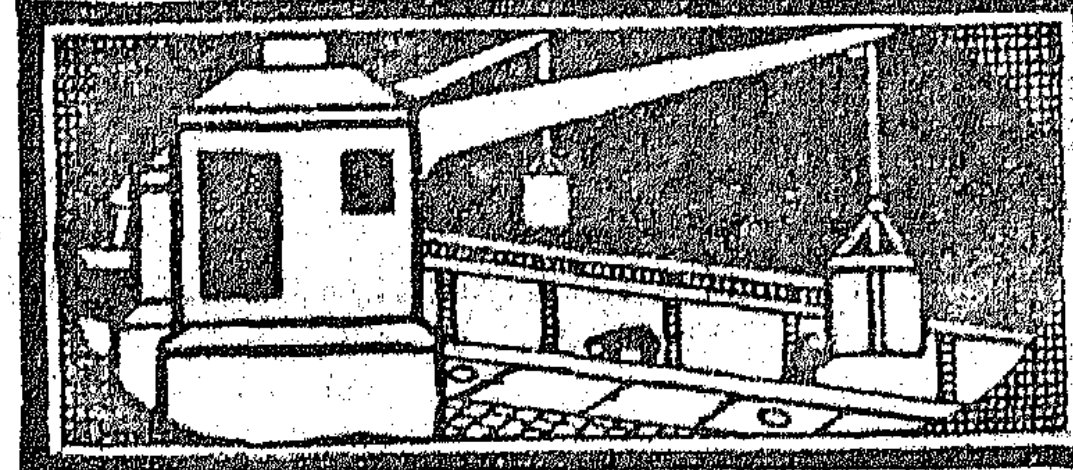
der Einladungszettel verteilt hatte, entlassen. Die Herren Gercayer haben wieder einmal gezeigt; doch es dürfte nur ein Pörrchuspiel sein! Die Organisation wird trotzdem auch bei den Haderlern Eingang finden, wenn die Herren Institutsinhaber sich auch noch so sehr dagegen irauen.

Hamburg. Uebermals die Millionenfirma Singer & Co., Nähmaschinen-Gesellschaft, Anstalt des heranrückenden Weihnachtsfestes und des am 11. November 1912 abgehaltenen Versammlung der Einfassierer und Verkaufagenten oben genannter Firma sehen wir uns veranlagt, wiederum die Bestimmtheit in Anspruch zu nehmen. Der schwache Besuch der Versammlung hatte wieder bewiesen, daß die Herren Einfassierer und Agenten trotz ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage es nicht für notwendig erachteten, derartige Zusammenkünfte zu besuchen, und sich lieber erst auf das Jammern über ihre schlechte Lage der Klundtschaft gegenüber zu verlegen. Aber trotzdem wurden von den Anwesenden die Abbestände, welche bei der Firma existieren, gebührend geräumt. Es wurde das Bedauern dahingehend geäußert, daß die Mehrzahl der Kassierer und Agenten noch nicht einsehen will, daß auf gutlichem Wege von der Firma nichts zu erreichen ist, was dadurch bewiesen wurde, daß auf alle Gesuche, die Firma möge die 12 M. wöchentlichen Spesen und 3 pSt. Zulasso auf 15 M. wöchentlichen Lohn und 5 pSt. Zulasso erhöhen, nichts erreicht wurde. Ja, nicht einmal die beiden streusamen Leuten von Vorstandsmitgliedern des Singer-Vereins konnten es beverstellen, daß die Firma ihr soziales Verständnis zeige. Wir vermuten allerdings, daß sich die Herren Vorstandsmitglieder von den Herren Depotvorstehern beeinflussen lassen, so daß eine Vorstellung bei der Firma inibiert wurde, wie es bekanntlich der Brauch ist, wenn einer seine Meinung zu sagen getraut. Da wird dem Betreffenden gleich gesagt: „Da steckt wieder der verdammte Transportarbeiterverband dahinter.“ Um nicht in den Geruch zu kommen, Mitglied des Verbandes zu sein, unterlassen sie es jedenfalls; denn bisher ist nichts bemerkbar geworden über ihre Tätigkeit.

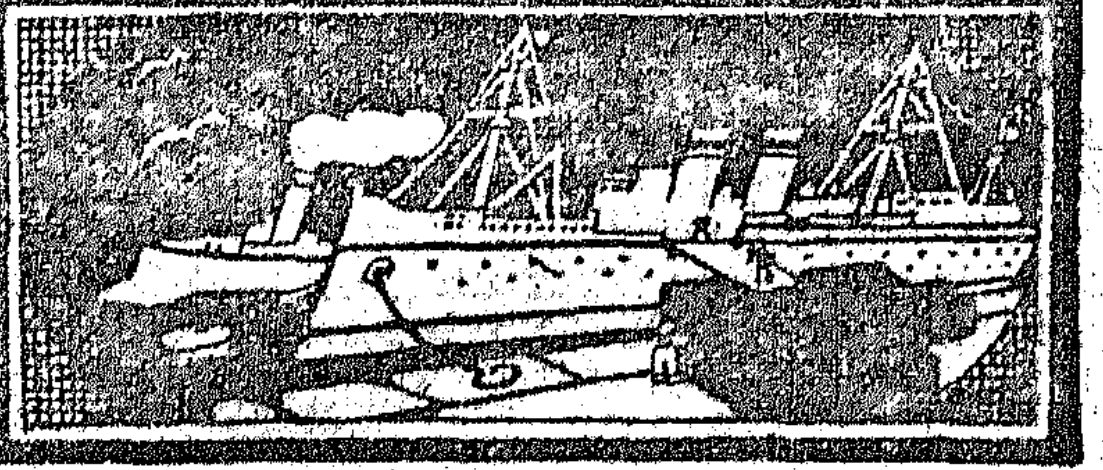
Daß unsere organisierten Kollegen sehr zu leiden haben, beweist, daß die Herren Depotvorsteher unter gütiger Mitwirkung der Unorganisierten allen erdenklichen Schikanen ausgesetzt sind. Gibt es doch Kassierer, welche, nur um Geschäfte zu machen, 10 M. Vermittlungsgebühren zahlen. Allerdings geht die Firma mit gutem Beispiel voran und zahlt 10 bis 12 M. Vermittlungsprovision, trotzdem sie feinerzeit erklärte, an Privatpersonen keine Provision zu zahlen. Unachtet dessen verlangt aber die Firma laut Anstellungsvertrag, daß jeder Kassierer oder Agent 52 Maschinen jährlich verkaufen soll. Wir nennen ein solches Arbeiten „unlauterer Wettbewerb“. Bedauerlich ist es, daß es noch Kassierer gibt, welche sogar Sonntags, zum Beispiel am 17. November, nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr, auf der Tour angetroffen wurden. Sollte dies auf Anordnung der Firma geschehen, oder ist die Firma davon nicht unterrichtet? Wo bleibt da die gesetzliche Sonntagsruhe?

Den Kassierern rufen wir zu: Warum tut Ihr das? Nur wegen der 3 pSt.? Habt Ihr keine Familie, welche froh wäre, mit dem Vater am Sonntag zusammen zu sein? Schließt Euch daher heisseitig an, welche ernstlich gewillt sind, bessere Verhältnisse zu schaffen. Also hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!

In die Arbeiterschaft von Hamburg und Umgebung richten wir die dringende Bitte: Kontrolliert alle, welche bei Euch kommen, auf ihre Verbandszugehörigkeit! Schließt mit keinem Unorganisierten Geschäfte ab. Da die meisten Kassierer und Agenten nur die Frauen zu Hause antreffen. So bitten wir diese dringend, sich endlich mal ein Herz zu fassen und jeben auf seine Organisationszugehörigkeit zu prüfen. Nur so können auch diese Herren eines Bessern belehrt werden. Wir werden nicht veräumen, bei passender Gelegenheit das ganze Ausbeutungssystem dieser Millionenfirma gebührend zu brandmarken. Darum nochmals, Arbeiter und Frauen: Kontrolliert alle Kassierer und Agenten. Hoch die Solidarität!



Hafenarbeiter



Hamburg. Mehr Licht! Die Schutz- und Verkehrskommission aller in der Schifffahrt beschäftigten Arbeiter hat eine Eingabe an die Deputation für das Beleuchtungs- Wesen gerichtet, in der es heißt: „In Ihrer Beantwortung unserer Eingabe vom 14. März d. J. die uns am 4. Juni zugeht, teilten Sie uns mit, daß die Einrichtung einer Beleuchtung der Uferstreden am Döschelshafen für das Jahr 1913 vorgesehen ist. Wir gestatten uns, anlässlich eines vorrübergehenden dunklen Tages vorgelassenen Anfalls (Hingerquetschung), um unmissliche Beschleunigung der Beleuchtungsrichtung zu bitten, oder, wenn solches zunächst nicht angängig ist, vorerst provisorisch eine bessere Beleuchtung der Uferstreden an der Ruhmühle veranlassen zu wollen, um ernstlichen Unfällen vorzubugen.“

Daß der hamburgische Staat kein Freund von Licht ist, weiß man auch schon ohnedies, allein die Scheu vor Licht sollte doch zum mindesten der Sorge

um Arbeiterleben Platz machen. Aber solche Sorgen brücken den Senat nicht, wie obige Notiz beweist und wie weiter aus dem Bericht eines sachmännlichen Mitarbeiters hervorgeht, der im Hamburger „Echo“ klagt:

„Eine große Pontonanlage an der jetzigen Beleuchtung. Auf der Pontonanlage im Bollhafen bei den Rajen, die schon im Frühjahr dem Betrieb übergeben wurde, fehlt bis jetzt jede Beleuchtung. Diese Anlage besteht aus fünf hintereinander liegenden Pontons und am Ende befindet sich die Schuttenwachstation. Jeder einzelne Ponton ist 30 Meter lang, das macht eine Strecke von 150 Meter und das Wachtschiff ist etwa 10 Meter lang, so daß die ganze Pontonanlage etwa 160 Meter lang ist. Man denkt sich einmal solche große Anlage auf dem Wasser ohne Licht! Dazu kommt noch eine hohe eiserne Laufbrücke, die nach dieser Pontonanlage führt und eben falls ohne Licht ist. Es darf

nur keiner glauben, daß diese Anlage etwa brach liegt, im Gegenteil, es herrscht hier jetzt ein Leben und morgen früh ein recht reger Verkehr, da am diesem Wachtschiff recht viele Schwestern, Wastlaffen usw. für die Nacht zur Beobachtung abgegeben werden. Außerdem liegen dort während der Nacht eine ganze Anzahl Schleppdampfer auf, so daß dort oft Hunderte von Fahrzeugen liegen. Und alle diese Fahrzeuge sind mit Führern besetzt, die doch ans Land müssen und diesen unbeleuchteten Ponton passieren müssen. Es ist wirklich als ein Wunder zu bezeichnen, daß dort noch keine größere Unfälle vorgekommen sind. Als ich diese Anlage in Augenschein nahm, machte ich die lange Treppe, die zum Ponton führt, hinunter steigen; da es aber dunkel war, mußte ich mit dem Handstock Stufe vor Stufe fühlen, um nicht kopfüber die Treppe hinabzufallen, denn auch diese Treppe ist ohne Beleuchtung

tung, nur an der Straßenfront steht eine gewöhnliche Straßenlaterne, die jedoch für die Straße, aber nicht für die Brücke bestimmt ist."

Im Jahre 1909 ereigneten sich 44 Todesfälle im Hamburger Hafen, davon 22 durch Ertrinken, im Jahre 1910 verunglückten 45 Personen tödlich, davon 26 durch Ertrinken, und von 48 Todesfällen im Jahre 1910 hatten 32 Ertrinken als Ursache.

Der Senat ist zweifellos bemüht, daß unter den äußeren Ursachen der Todesfälle, Ertrinken die Priorität behält.

Wir glauben allerdings, der Senat hätte andere Aufgaben.

Hamburg. Die Lohnbewegung der Getreidearbeiter erfolgreich beendet. Nach der Aufhebung des Streiks am 25. September begannen die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein am 27. September. Ein endgültiges Resultat konnte noch nicht erzielt werden. Die Vertrauensmännerei der Getreidearbeiter beschloß deshalb, um eine neue Verhandlung nachzusuchen. Die Verhandlung fand am 14. Oktober statt. Die Kommission des Hafenbetriebsvereins erklärte sich anfangs zur Erhöhung der Lohnsätze für Hilfsarbeiter auf 30 Mk. pro Woche, für geübte Arbeiter auf 5 Mk. und für ungeübte 4,50 Mk. bereit und machte im weiteren Verlauf noch Vorschläge für die Anwerbszeit mit 10 wöchentlichen Reduzierungen, daß an eine Annahme auf Basis dieser Vorschläge nicht zu denken war. Das Gesamtergebnis wurde der Versammlung der Getreidearbeiter am Sonnabend, 19. Oktober, unterbreitet und diese beschloß, da das Angebot in keiner Weise befriedigte, dem Hafenbetriebsverein nochmals die folgenden Vorschläge zu unterbreiten:

1. Die jetzige Fassung der Arbeitszeit bedeutet gegen die alte eine Verschlechterung; es wird beantragt, die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, vom Kontor aus gerechnet, mit einer halbstündigen Frühstücks- und anderthalbstündigen Mittagspause festzusetzen. Muß der Arbeiter um 6 Uhr in Kuhwärder oder Altona sein, erfolgt hierfür 50 Pf. Vergütung.
2. Betreffs des Probenverkehrs ist ebenfalls eine Verschlechterung vorgesehen.
3. Für Arbeiten während der Mittagspause an Bord wünschen die Arbeiter 2 Mk. vergütet.
4. Der Garantelohn bei Nacharbeit muß mindestens 3 Mk., bei Sonn- und Feiertagsarbeiten 6 Mk. betragen.
5. Für die Nachüberstunden müssen mindestens pro Stunde 1,20 Mk. bezahlt werden.
6. Bei Arbeiten im Speicher muß der Stundenlohn auf 80 Pf. festgesetzt werden. Es werden weiter in den Punkten 7 bis 14 Veränderungen in den verschiedenen Affordien beantragt.

Dieser Antrag wurde am 21. Oktober an den Hafenbetriebsverein gestellt, doch war bis zum 4. November keine Antwort erfolgt. Auf die dann gestellte Anfrage erteilte der Hafenbetriebsverein am 7. November die Antwort, daß sie hiermit den Lohnsatz und Vertrag der Kommissarbetriebe zur Unterzeichnung einsehe. Weitere Zugeständnisse zu machen, seien die beteiligten Firmen nicht in der Lage. Der Lohn für Arbeit im eigenen Speicher ist gestiegen, da diese Bestimmung kein Interesse für die ganze Branche habe und die Regelung den betreffenden Unternehmern selbst überlassen bleiben müsse. Eine Bestimmung über die höchst zulässige Arbeitszeit sei wie schon in den Verhandlungen beiderseits betont worden, überflüssig, da eine Arbeitszeit von 24 Stunden nicht vorkomme. Eine weitere Zulage während der Vertragszeit sei deshalb abgelehnt, weil die gewährten Aufbesserungen derart sind, daß sie für drei Jahre ausreichen.

Aus dem Vertrag bringen wir auszüglich folgende Hauptpunkte: Streiksituation aus dem Arbeitsverhältnis oder des Lohnsatzes werden durch die Beschwerdekommision des Hafenbetriebsvereins entschieden. Bei diesen Entscheidungen hat ein Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes das Recht, mit beratender Stimme mitzuwirken.

Der Hafenbetriebsverein wird einen Ausschuss einsetzen, welcher die Aufgabe hat, durch Verhandlungen mit den verschiedenen Betriebszweigen des Hafens, Verkehrsunternehmungen und Staatsbehörden eine Neuorganisation der Arbeitszeit für den Hamburger Hafen in der Richtung vorzubereiten, daß die reellen tägliche Arbeitszeit vom 1. Mai 1913 ab neun Stunden nicht überschreitet. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat das Recht, in diesen Ausschuss drei Vertreter als Mitglieder zu entsenden. Nach der Einleitung der neuen Arbeitszeit müssen die Getreidearbeiter zu Beginn der allgemeinen täglichen Arbeitszeit pünktlich an Bord sein.

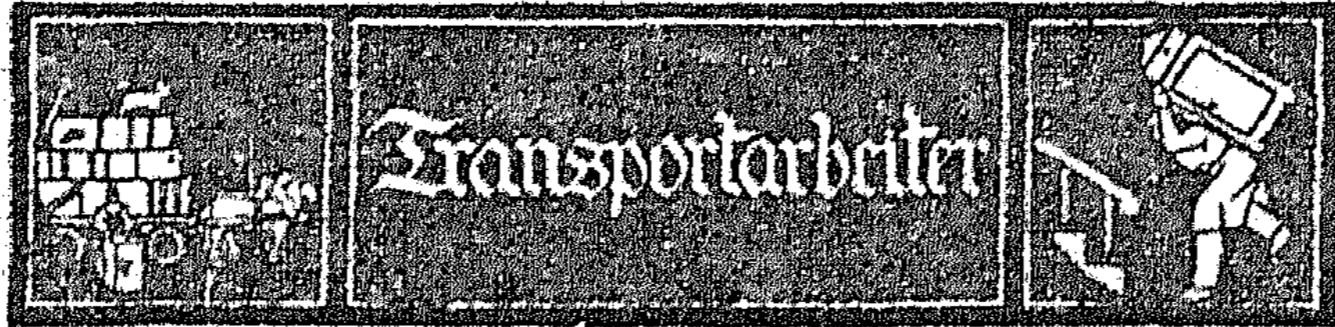
Der Vertrag und Lohnsatz haben Gültigkeit vom 18. November 1912 bis 31. Oktober 1913, mit einer Kündigung von drei Monaten. Der Lohnsatz besagt, daß der Lohn für Hilfsarbeiter auf 27 Mk. pro Woche, für geübte Arbeiter auf 4,50 Mk., für ungeübte Arbeiter auf 4 Mk. pro Tag festgelegt ist. Die Arbeitszeit ist von 6 bis 6 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstücks- und einer anderthalbstündigen Mittagspause. Muß der Arbeiter um 6 Uhr auf Kuhwärder oder Altona sein, so wird hierfür 50 Pf. vergütet. Beginnt die Arbeitszeit nach der Mittagspause, wird ein halber Tagelohn bezahlt. Arbeiter von 7 Uhr ab werden mit 70 Pf., später die halbe Stunde mit 30 Pf. vergütet. Bei Arbeiten an Bord werden von 6 Uhr ab Überstunden bezahlt. Am Vorabend des Weihnachtstages ist um 4 Uhr Feierabend. Wird die Mittagspause beschränkt, so wird beim Ausladen an Dampfern 2 Mk., im übrigen 60 Pf. pro halbe Stunde vergütet. Der Lohn für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten beträgt pro halbe Stunde 50 Pf. und 60 Pf. für die Zeit nach 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens. Bezahlt wird nur die wirklich gearbeitete

Zeit. Bei Nacharbeit am Bord von löschenden Dampfern wird eine Stunde extra vergütet, außerdem ein Mindestverdienst von 3 Mk. garantiert. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit an löschenden Dampfern wird ein Mindestverdienst von 5 Mk. garantiert.

In den besonderen Bestimmungen heißt es: Für sämtliche Arbeiter besteht keine Kündigungsfrist. Die Arbeiter werden kostenlos an die Arbeitsplätze befördert. Jeder Arbeiter erhält seinen Tagelohn sowie sein Affordsgeld am Kontor bar ausbezahlt. Die Bezahlungen von Arbeiten, die in dem Lohnsatz nicht vorgesehen sind, wird durch besondere Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter von Fall zu Fall geregelt.

Die Getreidearbeiter haben bei dieser Lohnbewegung immerhin gut abgeschnitten. Der Lohn ist von 26 Mk. auf 27 Mk., von 4,25 Mk. auf 4,50 Mk. und von 3,50 Mk. auf 4 Mk. erhöht. Die Mittagspause ist um eine halbe Stunde verlängert. Die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter, die nach der Mittagspause in Arbeit treten, erhalten einen halben Tagelohn. Beim Probenverkehr nach 7 Uhr wird eine volle Stunde mit 70 Pf. vergütet. Für die beschränkte Mittagspause an Dampfern wird 2 Mk. bezahlt. Nach 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens werden 1,20 Mk. pro Stunde und 60 Pf. pro halbe Stunde in Anrechnung gebracht. Bei Nacharbeit an Dampfern wird eine Stunde extra vergütet, außerdem ein Mindestlohn von 3 Mk. garantiert, bei Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 5 Mk. Unter Affordien ist der Satz Kleie, Schlempe usw. gestrichen. Auch über das Kastengesetz ist eine Regelung geschaffen. Beim Trimmen an Elevatoren usw. ist der Satz für 2500 kg von 8 Pf. auf 10 Pf. erhöht worden.

Die Versammlung der Getreidearbeiter am Donnerstag, 14. November, bei Wahl entschied sich in schriftlicher Abstimmung mit beinahe Zweidrittel-Majorität für die Annahme der Vorschläge. Damit ist die Lohnbewegung der Getreidearbeiter beendet. Den Erfolg, den diese Gruppe erzielte, hat sie der starken gewerkschaftlichen Organisation des Transportarbeiterverbandes zu verdanken.



Mugsburg. Daß die Unternehmer verschiedene Verbesserungen und Erleichterungen für ihre Arbeiter durchführen können, ohne ihr eigenes Existenz zu gefährden, beweist folgendes Beispiel: Bei einer hiesigen Expeditionsfirma gerieten infolge eines geringfügigen Wortwechsels einige Kollegen in Streit, welcher leider zu Entlassungen ausartete und einen Beteiligten acht Tage erwerbsbeschränkt machte. Diese Gelegenheit war niemandem willkommen als dem Arbeitgeber, welcher sofort versuchte, diesen Strom auf seine Mühle zu lenken. Zuerst wurden die an dem Streite Beteiligten veranlaßt, aus dem Verbands auszutreten, und um zu beweisen, daß es ohne Organisation für die Arbeiter auch Verbesserungen gibt, soll zunächst ein Futtermittel angefertigt werden, damit die Fuhrleute nicht mehr so früh aufzustehen brauchen wie bisher. Weiter soll auch die Sonntagsruhe nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Neben diesen Vergünstigungen wurde im Frühjahr, also bei Ablauf des Tarifes, eine Lohnzulage in Aussicht gestellt. Lauter Dinge, die unsere Kollegen sehr gut gebrauchen können, vorausgesetzt, daß sie auch erfüllt werden, und nicht nur für einige, sondern für alle Arbeiter zur Anwendung gelangen. — Ja, in der Not frisst der Teufel Fliegen! Der Arbeitgeber zahlt, weil er weiß, daß er diese Mehrzahl später mit Zins und Zinseszins wieder zurück erhält. Hätten wir beim Tarifabschluß solche Bedingungen gestellt, dann wäre natürlich das ganze Geschäft in Franzosen gegangen, und wir hätten nichts eifriger zu tun gehabt, als für den Herrn Arbeitgeber nach einem Posten auszuschauen, damit er wenigstens vor dem Hungertode geschützt gewesen wäre! — Doch die Sorgfalt, welche jetzt in diesem Betriebe für unsere Berufscollegen aufgewandt wird, gilt ja eigentlich nicht ihnen, sondern dem Geldbeutel des Unternehmers, der auf diese Weise und zwar ganz bedeutend, geschont werden soll! Es kann leicht eine Lohnzulage von ein paar Mark in der Woche gegeben werden, wenn jeden Abend ein paar Stunden mehr gefahren werden, ohne daß eine Ueberstundeneinführung geleistet wird. Rechnet man nun pro Tag eine Stunde zu 50 Pf., so ergibt dieses wöchentlich 3 Mk., also schon 1 Mk. mehr, als die ganze Lohnzulage ausmacht. Unsere Kollegen haben aber gar keine Ursache, ihre Arbeitszeit noch mehr verlängern zu lassen. Selbst wenn morgens etwas später angefangen werden sollte, reicht die jetzige Arbeitszeit vollkommen aus. Unsere Kollegen haben also gar keinen Grund, wegen kleinlicher persönlicher Zwistigkeiten ihren Solidaritätsgebändel preiszugeben, um in absehbarer Zeit in den nämlichen Sumpf zurückzufahren, aus dem sie durch lange und mühevollen Aufklärungsarbeit herausgeholt werden mußten. Wir haben gerade jetzt alle Veranlassung, jeden Hader beiseite zu legen und einmütig zusammenzustehen, damit die so schwer errungene Position nicht wieder zum Teufel geht und das uns noch Fehlende wenigstens nach und nach geholt werden kann. Wenn sich die Kollegen ihre Feinde ringsum etwas näher ansehen, dann müssen sie zu der Ueberzeugung kommen, daß sich die von Staat und Kommune und nicht zuletzt vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeitssklaven keine derartigen Extratouren erlauben können, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern wollen. Ganz verkehrt aber wäre der Standpunkt, daß die Organisation für eventuelle Fehler und Seiten-

sprünge einzelner ihrer Mitglieder haften sollte, wie auch der Einzelne niemals für die Gesamtheit verantwortlich gemacht werden kann. Das kommende Frühjahr stellt die deutsche Arbeiterschaft auf eine harte Probe; mögen unsere Kollegen rechtzeitig auf dem Posten sein, wenn es gilt, ihre Rechte zu verteidigen.

Berlin. Branche der Geschäftskutscher. Am Sonntag, den 24. November d. J., hatte sich die Gruppe der Kutscher aus den Häfenbetrieben Berlins und Umgebung zu einer Versammlung eingefunden, um zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Betrieben Stellung zu nehmen. Zunächst wies der Redner auf die historische Entwicklung der freien Gewerkschaften hin und zeigte an der Hand von Beispielen, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen von jeher ein Privileg der bestehenden Klasse war und mit diesen im Bunde die Kirche stets für willige und billige Lohnsklaven Sorge getragen habe. Wenn der große Nazarener heute lebte, würde es ihm nicht besser ergehen wie damals; er würde evtl. sein Leben als Revolutionär hinter Mauern beschließen müssen. Weiter wies der Redner darauf hin, daß die in den über Jahren des vorigen Jahrhunderts von Ferd. Lassalle gegründeten Arbeitervereine durch das Sozialengesetz vernichtet werden sollten. Dieser Schachzug der Reaktionsäre versagte vollständig. Der gesunde Geist, welcher zum Teil auch durch die Bekämpfung der Arbeiterbewegung in diese hineingetragen wurde, offenbart sich am deutlichsten in den seit jener Zeit besonders existenz freien Gewerkschaften. Und so haben es auch die im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Kollegen und Kolleginnen begreifen gelernt, daß die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus nur möglich ist durch eine geschlossene Phalanx. Der beste Beweis ist erbracht durch die nahezu 1/4 Million Mitglieder, die in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 15 Jahren sich um das Banner des Transportarbeiterverbandes geschart haben. Wiederholt von Verfall unterbrochen ging der Redner jetzt auf die vielfach eingelaufenen Klagen über obengenannte Mißstände besagter Betriebe näher ein. Als solche bestehen: eine überlange Arbeitszeit, eine dementsprechende zu niedrige Entlohnung, nicht minder gute Behandlung, Vorenthaltung des Koalitionsrechtes in besonderen Betrieben, sogenannte gelbe Betriebsvereine und zum Schluß, Quertreibereien einzelner unorganisierter Kollegen den Organisierten gegenüber. Besonders übertriebene Kollegen halten es nicht unter ihrer Würde, anstatt zur festgesetzten Zeit, schon um 4 Uhr morgens im Betriebe zu erscheinen. Es tritt hier ein im wahren Sinne des Wortes sogenannter Proletariat zutage. In einzelnen Betrieben, wo das Prozentwesen besteht, werden die Kollegen zu scharfen Konkurrenten erzogen. Derjenige, welcher die größte Kasse nach Hause bringt, kann sich häufig ein besonderes Lob verdienen, wohingegen Kollegen mit einer schlechteren Tour sich manchen Vorwurf gefallen lassen müssen. Dies veranlaßt viele Kollegen wieder zu besonderen Ausgaben zur Erhaltung der Kameradschaft und zum Heranziehen von neuen Kunden, wozu die prozentuale Entschädigung manchmal kaum ausreicht. Aus diesem Grunde heraus wünschen viele Kollegen die Abschaffung des Prozentwesens, obgleich einige für die Abschaffung nicht zu haben sind, weil, begünstigt durch eine bessere Tour, sie so ihre Einnahmen gefährdet glauben. Bezüglich der Vorenthaltung des Koalitionsrechtes wird besonders noch auf den Betrieb Hagen, Schönwalderstraße hingewiesen. In der nun folgenden Diskussion wurden die angeführten Mißstände vollumfänglich bestätigt. So brachte ein Kollege zur Sprache, daß die Brotausgabe morgens im Betriebe Heinrich Wittler nicht genügend kontrollierbar sei, weil das Laben mit einer derartigen Hast vor sich gehe, daß ein genaues Zählen unmöglich sei. Als ihm eines Morgens zwei Brote fehlten und er Ersatz verlangte, fand er kein Gehör bei der nächst zuhändigen Stelle. Er ließ seinen beladenen Wagen auf dem Hofe stehen und versuchte bei Herrn Wittler sein Heil, welcher die Ausbändigung der beiden Brote verfügte. Diese Auffassung sollte dem Kollegen teuer zu stehen kommen. Abends beim Abrechnen wurde er ob dieses Verhaltens vom Proskuristen in ein besonderes Zimmer gerufen. Dort zur Rede gestellt, warum er nur immer was auszufehen habe, hat dieser unser Kollege erklärt, daß anderen Kollegen auch schon öfter Brote gefehlt haben, daß sie aber nicht den Mut besitzen, die unregelmäßige Ausgabe und dergleichen Sachen mehr zu kritisieren. Sie werden es gewöhnlich erst abends beim Abrechnen gemerkt. Er gebe sich damit nicht zufrieden und sein gutes Recht sei es morgens schon nachzuzählen, worauf dieser Herr den Versuch machte, gegen den Kollegen taktisch zu verfahren. Unser Kollege hat es vorgezogen, diesen Betrieb zu verlassen. Nachdem noch einige Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der „Neuen Berliner“ und der „Berliner Genossenschaftsbäckerei“ als vorläufige bezeichnet, wobei noch besonders zu beachten sei, daß in diesen Betrieben das Prozentwesen überhaupt nicht besteht, kommen sämtliche Anwesende zu der Ueberzeugung, daß dies ganz gut abzuschaffen geht. Allerdings wird dann bezüglich der Ware mehr Sorgfalt auf diese verwendet werden, um die Kameradschaft zu erhalten. Alsdann wurde die Organisation beauftragt, ihr Augenmerk auf diejenigen Firmen zu richten, welche sich nicht an die Sonntagsruhe halten. Gar häufig kann man Sonntags beobachten, daß viele Kollegen nach Kundschaft fahren, womit es allein aber nicht abgetan ist, da dann ja auch noch Wagen und Geschirre gereinigt werden müssen, welches vielen Kollegen Anlaß zu lebhaften Klagen gibt. Geringfügiger ferner noch das unkollegiale Verhalten einzelner Kollegen, welchem der Unternehmer meistenteils immer als lachender Dritter gegenübersteht. Nachdem noch ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, in Zukunft öfter derartige Versamm-

lungen abzuhalten, angenommen wurde und unter anderem noch besonders betont wurde in Zukunft mehr zusammenzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am Sonntag, den 10. November, fand eine gut besuchte Versammlung der Volkkutscher und Bodenarbeiter usw. statt. Ein Kollege erstattete Bericht über die örtliche Generalversammlung vom 3. Quartal, welcher von den Anwesenden ohne Diskussion entgegen genommen wurde. Dann wies Kollege Pischel auf die bevorstehende Gewerbeprüfung und ihre Bedeutung hin. Weiter wurde vom Kollegen B. hingewiesen, daß die Geschäftsdienste und Arbeitervereinigungen aus der Niederwallstraße ihren Mitgliedern ein Flugblatt zugestellt habe, in dem dieselben ersucht werden, nur für die Liste 2 der Wiesenthaler Nöthigung zu stimmen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und verpflichteten sich dafür zu sorgen, daß alle ihr Wahlrecht ausüben. Unter Verschiedenes wurde noch auf die Arbeitsniederlegung bei der Firma M. Winkel hingewiesen, welche ohne Zustimmung der Verbandsleitung erfolgte und für die Streikenden erfolglos verlief. Redner machte darauf aufmerksam, daß sich die Kollegen Volkkutscher und Bodenarbeiter mehr an die tariflichen Bestimmungen halten müssen, damit in Zukunft derartige unliebsame Vorkommnisse vermieden werden. In der Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß in vielen Betrieben Entlassungen durch die Herren Inspektoren oder Bodenmeister vorgenommen werden, ohne daß hiervon die Geschäftsleitung oder der Chef vorher etwas erfährt. Damit in Zukunft auch vonseiten der Herren Spediteure mehr Rücksicht bei Entlassungen geübt wird, ist der Wunsch vonseiten der Anwesenden ausgesprochen worden, Streitigkeiten, welche zur Entlassung führen, sollen von den Herren Arbeitgeberern untersucht und dann das weitere veranlaßt werden. Nachdem noch einige Punkte aus dem Arbeitsverhältnis einiger Betriebe angeführt und besprochen wurden, trat Schluß der Versammlung ein.

Hitzschlag auf der Landstraße als Betriebsunfall. (Urteil des kgl. Sächs. Landesversicherungsamtes vom 28. September 1912.) Betriebsunfälle können sich auch fern vom gewöhnlichen Betriebe ereignen. Hierzu hat das Sächsische Landesversicherungsamt eine grundlegende Entscheidung gefällt, die in weiten Kreisen Beachtung finden muß. Der Arbeiter H. war bei der Firma M. in Arbeit, die unter anderem eine Papier- und Zellulosefabrik, sowie ein Sägewerk und eine Sästemaschine betreibt. Er wurde bis Ende April 1911 in dem Sägewerk der Firma mit dem Tragen von Brettern von der Schneidemühle nach den Holzplätzen beschäftigt, aber hin und wieder auch als Gefährtnäher verwendet. Am Todestage hatte er vormittags eine Fuhre Holz von dem in W. gelegenen Sägewerk nach der in der M. gelegenen Zellulosefabrik der Firma zu bringen und nach deren Abladen mit einem anderen Arbeiter hatte er Plastersteine von einem Lagerplatz in der Nähe des Schuppenhauses Sch. nach der Zellulosefabrik zu fahren. H. brachte zum Zwecke des Transportes der Steine zunächst zwei leere Wagen nach dem Lagerplatz, half dem mit dem Ausladen der Steine beauftragten Arbeiter B. bei der Beladung des ersten Wagens. Jähr diesen nach der Fabrik und kehrte dann mit den Pferden nach Sch. zurück, um den zweiten Wagen zu holen. Kurz vor dem dortigen Schuppenhaus brach er nachmittags gegen 4 Uhr taumelnd zusammen. Der hinzugerufene Arzt fand ihn bewußtlos, daß Gesicht rot gefärbt, die Herzstätigkeit und Atmung beschleunigt. Er ordnete die Überführung nach dem Krankenhaus an, wo H. ohne daß Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am Abend verstarb. Der Tod ist durch Hitzschlag eingetreten. Die Sächsische Holz-Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe ab. Dieser ablehnende Bescheid wurde vom Schiedsgericht bestätigt. Dagegen erklärte das Landesversicherungsamt: Auf Grund der übereinstimmenden Gutachten der vernommenen Ärzte ist als bewiesen anzusehen, daß H. einem Hitzschlag erlegen ist. Wenn es sich bei einem solchen auch nicht um eine plötzliche Einwirkung der ihn verursachenden Umstände handelt, so ist doch immerhin die zeitliche Ausdehnung des Einflusses der schädlichen Momente keine solche, daß nicht mehr von einem Unfall gesprochen werden könnte. Nach Lage des Falles kann es aber auch einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, daß der Unfall ein Betriebsunfall ist. In der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sind Hitzschläge dann als Betriebsunfälle betrachtet worden, wenn die Art oder der Ort des Betriebes wesentlich dazu beigetragen haben, die natürliche große Hitze und deren Einwirkung auf den Körper noch zu steigern. Waren also die Umstände unter denen sich die Betriebsstätigkeit des vom Sonnenlicht Betroffenen vollzog, solche, daß sie den nachteiligen Einfluß der Hitze erheblich steigerten, so ist der Hitzschlag als durch den Betrieb mit verursacht anzusehen. Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Falle erfüllt. Denn durch den Aufenthalt im Freien am Samstag vor H. der Hitze besonders ausgesetzt. Seine Verrichtungen nötigten ihn, in den ersten heißen Nachmittagsstunden die zum großen Teile sehr sonnige Straße von M. nach Sch. zurückzugehen. Da nichts dafür vorliegt, daß der Verstorbenen am Unfalltag krank war — das von ihm gegen Mittag empfundene Unwohlsein war nach der Angabe des ärztlichen Sachverständigen schon eine Folge der Hitzeeinwirkung —, so ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es die durch die Beschäftigung im Freien und insbesondere durch den Aufenthalt auf der heißen Landstraße hervorgerufene Überanstrengung war, die den verderblichen Einfluß der Hitze beförderte. Der Anspruch der Witwe wurde daher für gerechtfertigt erklärt.

Eberfeld-Barmen. Erfolgreiche Lohnbewegung der Fuhrleute, Kutscher und Arbeiter in den Kohlenhandlungen Barmens. Die Fuhrleute, Kutscher und Arbeiter der Firmen: S. Fert, W. Kaufmann, Koch u. Siby und Ab. Thienhaus beschloffen Ende Oktober in eine Lohnbewegung einzutreten. Mit Genehmigung kann berichtet werden, daß diese Lohnbewegung bei allen vier Firmen ohne ArbeitsEinstellung erfolgreich für die Arbeiter beendet ist. Mit der Firma M. Kaufmann wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Wochenlohn für Fuhrleute, Kutscher und Arbeiter wurde auf 30,— Mk. festgesetzt. Für Hilfsarbeiter werden pro Tag 4,50 Mk. bezahlt. Ueberstunden werden mit 60 Pf. für die Stunde und bei Sonntagsdienst mit 1,— Mk. vergütet. Außerdem werden von der Firma 3 bis 6 Tage Ferien gewährt. Die Firma Koch und Siby bewilligte allen Arbeitern, Kutschern und Fuhrleuten eine Lohnzulage von 1,25 Mk. pro Woche. Der Wochenlohn bei dieser Firma beträgt jetzt 27,50 Mk. ohne Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung. Außerdem erhalten sämtliche Arbeiter die Kohlen frei. Von der Firma S. Fert wurde eine Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche bewilligt. Bei dieser Firma beträgt der Wochenlohn 27,— Mk. Die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung werden nicht in Abzug gebracht. Die Arbeiter erhalten die Arbeiter ebenfalls frei. Die Firma Ab. Thienhaus mußte sich bequemen, 2,— Mk. pro Woche am Lohn zuzulagen. Bei dieser Firma ist der Lohn zur Zeit am niedrigsten. Er beträgt leider nur 26,— Mk. pro Woche ohne Abzug der Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. Auch bei dieser Firma erhalten die Arbeiter die Kohlen frei. Es ist nur zu bedauern, daß das Organisationsverhältnis in den anderen Kohlenhandlungen nicht derartig ist, um mit Aussicht auf Erfolg an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herantreten zu können. Gerade in den kleinen Betrieben sind die Verhältnisse am aller- schlechtesten. Hier muß vor allen Dingen der Hebel angefaßt werden. Gelingt es uns, die Kollegen in diesen Zwergbetrieben gleichfalls der Organisation zuzuführen, dann wird uns muß es uns auch gelingen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlenhandlungen einheitlich zu regeln. Mögen aus dem Verlauf dieser Lohnbewegung die Kohlenarbeiter in Barmen, besonders aber in Eberfeld, die Lehre ziehen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur dann verbessert werden können, wenn hinter ihnen eine starke und machtvolle Organisation steht. Deshalb ergeht an alle Kollegen der Ruf: Arbeit unermüßlich an der Stärkung der Organisation. Aktiver bei allen Gelegenheiten für den Verband. Dann wird und muß es auch vorwärts gehen.

Was ist Krieg?

Einige hunderttausend Mann start sich versammeln, Tag und Nacht marschieren, ohne Ruh, ohne zu denken, ohne zu lernen und ohne zu lesen, keinem Menschen zu etwas nützlich sein, im Schmutz verfaulen, im Schlamm liegen wie ein Vieh, unausgesetzt stumpfsinnig dahinleben, Städte plündern, Dörfer anzünden, Wälder ruinieren, beim Zusammenstoßen mit einem anderen gleiches Schicksal menschlichen Fleisches sich auf ihn fürzen, das Blut in Strömen verfließen, die totige blutgetränkte Erde mit zerfetzten und durcheinandergeworfenen Menschenleibern bedecken und Verge von Leuten aufhäufen, deren Hände und Beine weggerissen und deren Gehirne verprügelt, ohne Nutzen für jemand; krepiere in einer Ecke des Feldes, während eure Eltern, Frauen und Kinder vor Hunger daheim umkommen: das ist der Krieg!

Oder: In ein Land eindringen, den Mann, der sein Haus verteidigt, erwürgen, die Wohnhäuser der Armen und Stenden, die kein Brot mehr haben, in Brand stecken, die Einrichtungsgegenstände zerbrechen, die kleineren Gegenstände stehlen, den Wein in den Kellern aufsen, den Rest ausrinnen lassen, die Frauen und Mädchen, denen man in den Straßen begegnet, vergewaltigen, Millionenwerte vernichten, hinter sich unsägliches Elend und die Cholera zurücklassend: das ist Krieg! Guy de Maupassant.

Sachsen. Einem Hitzschlag erlegen. Der Tod ist durch Hitzschlag eingetreten. Die Sächsische Holz-Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe ab. Dieser ablehnende Bescheid wurde vom Schiedsgericht bestätigt. Dagegen erklärte das Landesversicherungsamt: Auf Grund der übereinstimmenden Gutachten der vernommenen Ärzte ist als bewiesen anzusehen, daß H. einem Hitzschlag erlegen ist. Wenn es sich bei einem solchen auch nicht um eine plötzliche Einwirkung der ihn verursachenden Umstände handelt, so ist doch immerhin die zeitliche Ausdehnung des Einflusses der schädlichen Momente keine solche, daß nicht mehr von einem Unfall gesprochen werden könnte.

Stuttgart. Eine tadelnswerte Unsitte. Durch Zufall erhalten wir Kenntnis, daß es in einem größeren Kohलगeschäft in der oberen Wolframstraße üblich war, von neu ins Geschäft einretrenden Kollegen einen sogenannten „Einstandschoppen“ zu verlangen. Diese Unsitte steigerte sich bis zur Unerträglichkeit, denn aus dem einen Schoppen wurden in der Regel sehr viele, und wer sich weigerte, wurde eben hochgenommen. Ein solches Verhalten ist verwerflich und muß unter allen Umständen auf das schärfste mißbilligt werden. Man vergegenwärtige sich doch folgendes: Jeder neu ins Geschäft Eintretende muß mit dem für die heutigen teuren Zeiten niedrigen Anfangslohn rechnen. In den allermeisten Fällen hatte er vorher eine längere oder kürzere Arbeitslosigkeit durchzumachen. Dauerte dieselbe auch nur wenige Tage, so verspürt er den Lohnausfall auf das empfindlichste; nur Notgedrungen wird er dem Bezahlen eines Einstandschoppens stattgeben. Jeder Pfennig, der ihm so abgetropft wird, muß er sich in der folgenden Woche am Munde abdarben. Ein solches Vorgehen ist eines organisierten Arbeiters unwürdig. Wir fordern deshalb jeden Kollegen auf, für solche Zwecke keinen Pfennig herzugeben, uns aber in jedem einzelnen Fall, wo solches verlangt wird, sofort Mitteilung zu machen, damit wir einem solchen Unfug energisch auf den Leib rücken können. Wir wollen diesmal von der Meinung des Geschäftsinhabers über den Namen der Betroffenen nochmals Abstand nehmen.

werden aber im Wiederholungsfalle rücksichtslos vorgehen.

Stuttgart. Durch die bürgerliche Presse ging in den letzten Tagen folgende Notiz:

„Besorgte Fahrlässigkeit.“ In der Zinnenhoferstraße ließ gestern vormittag ein Milchfuhler sein mit einem Pferd bespanntes Fuhrwerk ohne Aufsicht stehen. Das Pferd lief davon, kam Ecke Fangleisbach- und Henzeigstraße zu Fall und verlegte sich am Kopf ziemlich stark. Der Wagen wurde zur Seite geschleudert und zertrümmerte das Schaufenster des Verkaufslotals einer Wäderei. Der Schaden ist beträchtlich. Personen wurden nicht verletzt.

Diese Mitteilung muß natürlich in der breitesten Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob dieser Milchfuhler aus reinem Mutwillen seinen Arbeitgeber zu Schaden gebracht habe. Der Schreiber dieser Notiz in die bürgerliche Presse hat von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung, denn sonst müßte er wissen, daß der Milchfuhler die Pflicht hat, den Kunden die Milch ins Haus zu bringen und während dieser Zeit das Pferd allein stehen lassen muß. Milchfahrer mitzugesellen hält weder diese Firma, bei der der Unfall passierte, noch irgend eine andere in Stuttgart für noventendig. Passiert dann etwas, dann ist natürlich der Fuhrmann der allein Schuldige und die ganze bürgerliche Presse fällt über ihn als einen gewöhnlichen und leichtsinnigen Menschen her. Aber trotzdem gibt es leider immer noch recht viele Kollegen, die Abonnenten der Blätter vom Schlag des „Neuen Tagblatt“ und der „Württembergischer Zeitung“ sind. Als Dank dafür erhalten sind dann bei jeder Gelegenheit von diesen Blättern reichlich ausgeleitete Fuhrleute.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Arnswalde. Am Sonntag, den 17. November, tagte eine sehr gut besuchte Transportarbeiterversammlung. In recht eingehender und feiselnder Weise schilderte der Gauleiter die Entstehung und Bedeutung der Organisation; an Hand von reichhaltigem Material wies Redner nach, daß auch der ungelernete Arbeiter wohl in der Lage ist, mit Hilfe einer festgesetzten Organisation seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Redner schilderte hierauf die miserable Lage der Berufskollegen in Arnswalde, wonach es hier noch junge, kräftige Arbeiter gibt, die mit einem Tageslohn von 2 bis 2,50 Mk. nach Hause gehen müssen. Wenn auch einige Speditionsbetriebe vorhanden sind, die ihren Leuten einen Wochenlohn von 18 Mk. geben, so haben diese Arbeiter aber auch eine Arbeitszeit von durchschnittlich 15 Stunden pro Tag. Redner schloß seinen interessanten Vortrag damit, daß wenn es besser werden soll, dies nur mit Hilfe der Organisation geschehen kann. Die Diskussion ergab ein trotzloses Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Transportarbeiter von Arnswalde und erklärten die Redner, nicht erlahmen zu wollen und die Zahlstelle des Verbandes so auszubauen, daß recht bald dieser mit den Herren Unternehmern ein ernstes Wort reden kann. Nachdem noch ein Vertreter zum Gewerkschaftsrat gewählt und ein Kollege als Kassierer nominiert wurde, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Hamburg. Hausdiener vor der Tür. Versammlung am 13. November. Es wurde beschlossen, die Neuwahl des ersten Branchenleiters zu vertragen, da im Januar nächsten Jahres mit der Neuwahl der gesamten Leitung zu rechnen ist. Die Führung der Geschäfte versteht sich dahin der zweite Branchenleiter. Kollege G. führte sodann den Anwesenden vor Augen, warum unser Nachweis nicht immer so funktionieren könne wie er sollte. Zum Teil liegt dies an der Laubheit und Gleichgültigkeit unserer Kollegen, zum Teil aber auch an der Massivität unserer „teilweisen“ Arbeitgeber, der „Herren“ Wirte. Es gibt Wirte in Hamburg, die bei jeder Gelegenheit erst daran erinert werden müssen, daß ein Tarifverhältnis nicht nur für uns, sondern auch für sie besteht. Diese Herren genießen sich nicht, unorganisierte Hausdiener vor die Tür zu stellen, und behaupten hinterher, daß in unserem Nachweis brauchbare Kräfte nicht zu bekommen seien. Erst kürzlich wurde einem dieser Herren nachgewiesen, daß er, so lange er eine Wirtschaft betreibt, noch nie einen Kollegen vom Nachweis erhalten hat. Für unsere Branchenleiter war dieser Herr als früherer Berufskollege nicht zu sprechen. Es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als, wie dies in früheren Jahren geschah, die taunfährigen Wirte im „Hamburger Echo“ bekannt zu geben. Die Kollegen Th. und B. sprechen im ergänzenden Sinne. Es wurde beschlossen, eine Kommission von 3 Mitgliedern zu beauftragen, bei der Ortsverwaltung eine Verbesserung unserer Arbeitsvermittlung anzubahnen, um Maßnahmen zu treffen, endlich die Durchführung unseres Tarifes zu erzwingen. Gewählt wurden die Kollegen B., Th. und G. Den Bericht über die stattgefundenen 3 Obmannersitzungen gibt der Kollege G. Es ist bezeichnend, daß sich fast jede Sitzung mit Differenzen aus unserem Tarifverträge aufhalten mußte. Die meisten Differenzen konnten durch das Eingreifen der Obleute und Branchenleitung erledigt werden. Es wurde dann vorgeschlagen, eine neue Schlichtungskommission zu wählen und die Ortsverwaltung zu beauftragen, demnach eine Verhandlung herbeizuführen. Diesen Antrag fand Annahme. Gewählt wurden die Kollegen Th., G. und B. Nachdem noch einige neue Differenzen gemeldet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg III. Generalversammlung am 6. November. Als Berichterstatter der Kommission zur Regelung der Beitrags- und Unterstützungsverhältnisse erhält Schwebke das Wort: Die Kommission empfiehlt,



Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 50. Woche ist fällig.

den 50 Pf.-Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Dies ist der nächste Schritt, den wir machen müssen, um eine Gleichmäßigkeit in unserem Beitrag herbeizuführen. In der Verwaltung I ist dieser Beitrag schon seit 1. Juli 1910 maßgebend. Es würde zu Differenzen beim Zusammenarbeiten von Berufskollegen beider Verwaltungsklassen führen, würden wir den niedrigeren Satz noch länger bestehen lassen. Für die Mehrleistung von 10 Pf. soll die betreffende Kollegengruppe, die sich aus früheren Vereinsmitgliedern, die freiwillig zu diesem damaligen Verbandsbeitrag übergetreten sind, und den vom 1. Mai 1909 bis Ende 1910 neu eingetretenen Kollegen zusammensetzen, Anrecht auf die höheren Unterstützungsätze des Verbandsstatutis erhalten. Das Verbandsstatut soll für alle Kollegen, die den 60 Pf.-Beitrag zahlen, bezüglich der Erwerbslosenunterstützung gleichmäßig in Geltung kommen mit der Ausnahme, daß den früheren Vereinsmitgliedern bei Krankheit die Karenzwoche erlassen bleibt, die Unterstützung für diese Woche soll aus Ortsmitteln gezahlt werden. Besonders ins Gewicht fällt die günstigere Bestimmung des Verbandsstatutis, daß die Wiederbezugsberechtigung bereits Ausgesteuerter nach 60 Wochen vom ersten Erhebungstage an gerechnet eintritt, während unser bisheriges Ortsreglement die Karenzzeit vom letzten Erhebungstage an berechnete. Bezüglich der Unterstützung bei Todesfällen bei Mitgliedern treten ebenfalls die Sätze des Verbandsstatutis in Kraft. Bei Todesfällen von Frauen und Kindern von Mitgliedern zahlt die Ortsklasse einen Zuschuß resp. den ganzen Betrag nach den in Verwaltung I geltenden Sätzen. Frühere Vereinsmitglieder haben hier Anspruch auf die bisherigen höheren Sätze unseres Ortsreglements, auch bezüglich ihrer Frauen und Kinder. Alles in allem erwacht den Betroffenen aus der geringfügigen Erhöhung ein bedeutender Vorteil, und schließlich räumen wir mit der Zerrissenheit in unserer Unterstützungsweisen dadurch nur vorteilhaft auf. Für die früheren Vereinsmitglieder, die heute noch 40 Pf. zahlen, welchen Satz wir keineswegs vor 1. Juli n. S. beiseite lassen können, bleibt das bisherige Ortsreglement in Wirksamkeit. Diese beziehen weder Arbeitslosenunterstützung, noch nehmen sie teil an den oben geschilderten günstigeren Bestimmungen bezüglich der Wartezeit nach der Aussteuerung u. w. In der Diskussion sprechen Buchholz und Clasen gegen diesen Kommissionsantrag. Ersterer sieht darin eine Ueberzumpelung und Schlichterstellung der bisherigen 50 Pf.-Zahler, auch bezüglich der Kindererwerbslosenunterstützung, und stellt die Kompetenzfrage; letzterer befürwortet Ablehnung, weil eine völlige Gleichstellung der Mitglieder hinsichtlich der Beiträge und Unterstützungen damit noch nicht erzielt wird; er will das Zweiklassensystem aufgehoben wissen. Michaelssen widerlegte eingehend diese Bedenken. So wenig von einer Verschlechterung ernstlich gesprochen werden kann, ebenso wenig liegt die Absicht einer Ueberzumpelung vor. M. beleuchtet nochmals die verschiedenen Vorteile. Nur die sogenannten Kassennarrer haben hier einen Schaden, wenn überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, indem sie nicht mehr, wie unser Reglement dies zuließ, beide Arten der Erwerbslosenunterstützung gleich hintereinander beziehen können, um dann nach eventuell kurzer Zeit bei der einen wieder zu beginnen. Die Reservatrechte der 40 Pf.-Zahler können wir heute noch nicht antasten. Viele von diesen werden uns von selbst kommen, schon der höheren Unterstützungen wegen. Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Kollegen Lorenzen, Becker, Niebuhr, Pieper, Dahrendorf, Pieper, Richter, Kollau, Schmidt und Micha beteiligten, tritt man ausnahmslos für die Kommissionsanträge ein. Es kommt zum Ausdruck, daß man mit der Neuierung sich dem Verbandsstatut anpasse, was unbedingt nötig sei. Die 10 Pf., die mehr gezahlt werden sollen, verbleiben dem Ortsfonds und geben in den von diesem zu leistenden Zuschüssen zu den verschiedenen Unterstützungen voll auf. In Erwiderung einer bezüglichlichen Bemerkung Buchholz, stellte Michaelssen fest, daß wir wohl Ansprüche erheben können, eine Kampfesorganisation zu sein, wenn auch nicht lediglich solche, denn wir waren und sind an mannigfachen Lohnbewegungen beteiligt, größtenteils mit Erfolg, haben Tarifverträge abschließen können usw.; andererseits sind wir bemüht, durch unseren Arbeitsnachweis regelnd auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken. M. erklärt noch das Entstehen der Verschiedenartigkeit unserer bisherigen Beiträge, die nur darin wurzelt, daß ganze Gruppen unseres früheren Lokalvereins den Fortschritt des Verbandes nicht mitgemacht haben, daß sie dazu auch nicht gezwungen werden konnten. In seinem Schlusswort tritt Schwebke nochmals für die Annahme der Anträge ein. Die Abstimmung erfolgt für beide Anträge, Erhöhung des 50 Pf.-Beitrags und Neuregelung des Unterstützungswesens, per Stimmzettel, welche am Saaleingang den betreffenden Mitgliedern (50 und 60 Pf.-Zählern) eingehändig sind. Die 40 Pf.-Zähler stimmen nicht mit. Die Annahme der Anträge erfolgt mit 67 gegen 10 Stimmen bei 2 ungültigen Zetteln. Nach einem weiteren Beschluß treten die Aenderungen mit dem 1. Januar 1913 in Kraft. Niebuhr erstattet hierauf einen Bericht von der letzten Kartellführung. Schnoor wird als Bezirkskassierer bestätigt.

Hirschberg. Mitgliederversammlung vom 16. November. Im Kartellbericht ist hervorgehoben: Es

werden an alle Kollegen Fragekarten ausgegeben, betreffs der Volksversicherung „Volksfürsorge.“ Diese Karten möchten die Kollegen genau ausfüllen. Ferner sollen die Petroleum- und Milchsteuer angehalten werden zur Organisation. Da diese Kollegen einen guten Verdienst haben, hatten sie es nicht für nötig, sich uns anzuschließen. Darum Kollegen, liegt es an euch, die Frauen aufzuklären, daß sie jenen nichts mehr ablaufen. Der Verkauf in Eichberg und die Schweizerlei in Schwarzbach werden weiter konstatiert. Dann wurde nochmals die Beitragserhöhung zur Sprache gebracht. Es wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar werden 45 Pf. Wochenbeitrag und 5 Pf. Lokalgeld, zusammen 50 Pf. gezahlt. Auf Ersuchen einiger Kollegen werden wir die nächste Versammlung, wenn irgend möglich, bei Krautwald, Wolfenheimerstraße, abhalten. Es wurde den Kollegen wieder nahe gelegt, dem Konsumverein beizutreten. Die 30 Mt. Geschäftsanteil sind ja nicht gleich zu bezahlen, sondern werden in wöchentlichen Raten von 30 Pf. einbezahlt. Wenn 30 Mt. voll sind, werden sie mit 4 pCt. verzinst. Welche Freunde für die Frau, wenn im Weihnachtsmonat die Dividende ausgezahlt wird, gerade in der Zeit, wo man das Geld am nötigsten braucht. Darum Kollegen, hinein in den Konsumverein und abonniert alle die „Vergewacht“, welche eure Interessen vertritt. Der Versammlungsbesuch muß ein besserer werden.

Oranienburg. Nach Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, im Anschluß daran der Kassierer den Kassenbericht und Kollege D. den Kartellbericht. Nun wurde Kollege G. als Schriftführer und Kollege F. als Hilfskassierer sowie Kartelldelegierter gewählt. Der Vorsitzende ging dann auf die Sache Krause näher ein, welcher aus dem Fabrik-

Ensl. Sonntag, den 27. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Gauleiters. Es folgte der Klassenbericht vom 3. Quartal 1912. Daran knüpfte sich eine rege Debatte, weil wir 10 Mann unserer Mitgliedschaft verloren haben. Drei sind abgereist, einer übergetreten und sechs wegen Nichtbeitrages gestrichen. Es wurde beschlossen, daß die Mahnung nicht bei 8, sondern schon bei 3 Wochen Mißstand geschehen soll. Zum Kartellbericht ergreift Genosse Gering das Wort und kritisiert das Gebaren des Kartellvorstehenden, der bei der letzten Vorstandswahl zur Ortskassentasse den Kollegen Gering von der Liste gestrichen und dafür seinen Namen eingesetzt hat. Er fordert die Kollegen auf, bei der Wahl der Wahlmänner mehr Einfluß gewinnen zu suchen. — Hierauf verteilt der Vorsitzende die Broschüre: „Sozialpolitische Aufgaben und Forderungen“ und legt den Kollegen aus Herz, dieselbe zu lesen und danach zu handeln, dann würde sich auch der Mitgliederstand vergrößern. Ein Antrag auf Abhaltung eines Vergnügens wurde abgelehnt, weil viel ernstere Sachen vorlägen, die Geld kosteten. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, einen wöchentlichen Ortsbeitrag von 10 Pf. zu erheben. Es wurde noch ein Antrag angenommen, daß künftig nach jeder Versammlung ein gemütliches Beisammensein stattfinden soll. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder zur regen Agitation und zur Beteiligung an Ortskassentassen- und Stadtverordnetenwahlen auf.

Briefkasten.

L. Darmstadt. Manuskript bitten wir, nur auf einer Seite zu beschreiben, sonst wandert das Ding ein andermal in den Papierkorb. D. K.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Karl Gnadt, Hpt.-Nr. 66 538, eingetr. 26. 12. 10; Robert Schill, Hpt.-Nr. 30 501, eingetr. 13. 12. 07; Gg. Thamm, Hpt.-Nr. 68 203, eingetr. 1. 1. 11.

In Halle a. S.: Paul Gräbe, Hpt.-Nr. 201 306, eingetr. 1. 5. 11.

In Nürnberg: Andreas Schmitt, Hpt.-Nr. 191 219, eingetr. 24. 10. 09.

In Solingen: Sebastian Wengener, Hpt.-Nr. 299 054, eingetr. 4. 5. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Zeit suchen wir einen Geschäftsführer, der mit allen einschlägigen Organisationsarbeiten gut vertraut und in der Agitation sowie der Führung von Lohnbewegungen tüchtig sein muß. Verlangt wird außerdem die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift und mindestens dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Handschriftliche Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und Beifügung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 21. Dezember an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Vorstand, J. A.: D. Schumann.

Bekanntmachung.

Den Betreibern um die in Nr. 45 des „Courier“ vom 10. November d. J. ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers für unsere Verwaltung in Düsseldorf zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Harburg a. G.

Unser Büro befindet sich jetzt Gr. Schippsee 18, 1. Stage, Sprechstunden vormittags von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr nachmittags. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt Sonntags von 9 bis 11 Uhr vormittags. Die Ortsverwaltung.

Verantw. Redakteur: Karl Millbahn, Lichtenberg-Berlin. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

Verbandsmitglieder!

Als diesjährige Weihnachtsprämie stellen wir den Lesern des „Courier“ den Roman von Emilie Zola:

Fruchtbarkeit

zum Preise von 8 Mt. zur Verfügung. Seine schöne Ausstattung und die hervorragende gute Uebersetzung muß es jedem Verbandsmitgliede möglich machen, diesen Roman, der aus der Feder eines der bedeutendsten Schriftsteller stammt, für sich zu erwerben oder als Geschenk auf den Weihnachtstisch zu legen.

Ferner empfehlen wir unseren Mitgliedern:

Klassiker-Ausgaben

auf Holzfreiem Papier mit Lebhaber-Einband.

Romane - Novellen - Jugendschriften Bilderbücher - Wandkalender.

Wir bitten unsere Leser, ihre Bestellungen recht bald in ihren örtlichen Verwaltungen vorziehen zu wollen. Verlagsanstalt Courier.

arbeiterverband wegen Denunziation ausgeschlossen und zu uns übergetreten war. Die Angelegenheit fand dadurch ihre Erledigung, daß einstimmig beschlossen wurde, beim Verbandsvorstand zu beantragen, Krause auch aus unserem Verbandsauszuschließen. Betreffs des Kollegen St., der wegen Verbandszugehörigkeit von der Kaiserischen Fabrik entlassen worden war, wurde ein Antrag angenommen, ihm Gemäßregelungenunterstützung zu gewähren. Es wurde ferner der Beschluß gefaßt, daß die reisenden Kollegen in Zukunft statt der festgesetzten 50 Pf. nur des Morgens Kaffee erhalten sollten, um eine zu starke Belastung der Ortskasse zu vermeiden. Nachdem noch für den Kollegen D. Hellert Krankenunterstützung aus Ortsmitteln bewilligt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Poskod. Am 9. Oktober fand unsere öffentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Leibow gab als Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 5530,90 Mt., die Ausgabe 4147,31 Mt. Kassenbestand am Schluß des 3. Quartals 1383,56 Mt. An die Hauptkasse wurden 3175,26 Mt. abgeliefert. Unsere Mitgliederzahl war am Schluß des 3. Quartals 700 gegen 642 am Schluß des 2. Quartals. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als Sektionsleiter für die Seeleute wurde Kollege Weitendorf und zum Kartelldelegierten Kollege Kries gewählt. Der Antrag des Kollegen Rhode, den Punkt „Ortszuschlag“ mit in die Tagesordnung einzufügen, wurde angenommen. Nach lebhafter Debatte wurde zur Abstimmung per Stimmzettel über den Ortszuschlag von 10 Pf. vom 1. Januar 1913 geschritten, die Abstimmung ergab eine große Majorität für denselben. Demnach zahlen wir ab 1. Januar 60 Pf. Beitrag. Im Verschiedenen wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Wir möchten zum Schluß unsere Kollegen nochmals an einen besseren Versammlungsbesuch erinnern und sie zur regen Mitarbeit auffordern. Ein jedes Mitglied sei auch ein Agitator!

Achtung!

Der Verbands-Vorstand hat auch in diesem Jahr dem Wunsch einer großen Anzahl Verbandsmitglieder Rechnung getragen und für das Jahr 1913 **Transportarbeiter-Motizkalender** herausgegeben.

Dieser Kalender ist handlich in Taschenformat gehalten und der Inhalt desselben den Wünschen und Bedürfnissen unserer Mitglieder aller Branchen paßt. Derselbe ist ein kleines Nachschlagewerk für die bedeutendsten und interessantesten Fragen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete. Ist somit für die Agitations- und Organisationsarbeit von größtem Nutzen. Derselbe enthält unter anderem auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1912 nebst Vergleichsziffern der Wahlen von 1908 und 1907. Hinweise über die Ziele der Arbeiterbildung und Bildungsarbeit von Heinrich ulz Auszüge über die deutsche Reichsverfassung von G. Eichhorn und andere wissenschaftliche Statistiken über die deutsche Arbeiterbewegung usw.

Der Kalender dürfte auch denjenigen Mitgliedern, welche sich weniger der Agitationsarbeit widmen können, als Ratgeber für alle wichtigen Fragen im Berufsleben eines Transportarbeiters dienen und ist infolgedessen jedem Mitgliede dringend zu empfehlen, sich einen solchen recht bald zu beschaffen.

Der Preis beträgt 50 Pfg. für Mitglieder und 60 Pfg. für Nichtmitglieder pro Exemplar.

Erschätlich ist derselbe in allen Verbandsbüros und Arbeitsnachweisen Berlins, Köpenicks und Charlottenburgs, sowie bei den angestellten Kollegen Kassierern.

Mitglieder aus allen Branchen!

Die Bezirksverwaltung hält sich für verpflichtet, von dieser Stelle aus ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß eine ganze Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Branchen, welche um Gewährung von Kranken- oder Arbeitslosen-Unterstützung eingekommen sind, deshalb abgewiesen werden mußten, weil die Betreffenden ihren Beiträgen über die laut Statut vorgeschriebene Frist im Rückstande waren. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, auf achten zu wachen, daß ihre Beiträge stets pünktlich entrichtet werden, damit sie ihre erworbenen Rechte am Verbandsverbande nicht verlieren.

Alle Mitglieder, welche krank oder arbeitslos werden, haben das Recht, sich ihre Beiträge während dieser Zeit frei abtempeln zu lassen, vorausgesetzt, daß sie ihren Krankenfallsfällen die hierzu erforderliche Bescheinigung von der Krankenkasse oder vom Arzt beibringen resp. bei Arbeitslosigkeit sich der laut Verbandsstatut (siehe Arbeitslosen-Reglement) vorgeschriebenen Kontrolle unterziehen.

Diese Vorschrift wird vielfach von den Mitgliedern nicht befolgt. Sehr oft kommt es vor, daß in solchen Fällen die Frist von 8 Wochen überschritten wird, so daß die Betreffenden vielfach erst nach 13, 15, ja selbst nach 20 Wochen Beitragsrückstand an ihre Pflichten denken, wo es dann selbstständig zu spät ist. Der Wert und die Notwendigkeit der Organisation wird leider dann erst wieder richtig erkannt, wenn die Betreffenden vereinzelt verlassen dastehen.

Es liegt nach alledem im ureigensten Interesse aller Mitglieder, ihre Pflichten dem Verbandsverbande gegenüber pünktlich zu erfüllen.

Aber auch im Interesse einer ordentlichen Buch- und Kassenführung ist die pünktliche Beitragsentrichtung eine unbedingte Notwendigkeit. Im Laufe des Jahres befinden wir uns am Ende des Jahres, wo wegen des Jahres- und Kassenabchlusses jeder mit seinen Beiträgen in Ordnung sein muß.

Bemerkt sei noch, daß unsere Kollegen Einkassierer sowohl, als auch die Zahlstellentinhaber von uns angewiesen werden sind, restierende Beiträge über 3 Wochen hinaus nicht mehr anzunehmen. In solchen Fällen sind die betreffenden Mitglieder verpflichtet, sich an die Verwaltung zu wenden, welche über die Annahme der restierenden Beiträge und den event. nötigen erforderlichen Anweisungen resp. Vorschriften einen Beschluß herbeizuführen hat.

Desgleichen machen wir darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die **„Bausparmarken zu haben, damit die Beschaffung des eigenen Heims“** gefördert wird.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Ende des Jahres ein ganz beträchtlicher Teil Mitgliedsbücher voll werden und zur Umschreibung das Verbandsbüro einzureichen sind. Wir ersuchen hiermit, die vollen Bücher rechtzeitig abzuliefern, damit in der Zustellung der neuen Mitgliedsbücher keine Verzögerung nicht eintritt.

Gleichzeitig ersuchen wir jedes Mitglied, in seinem Mitgliedsbuch auf der ersten Seite (d. h. der Titelseite) unter der Rubrik „Eigenhändige Unterschrift“ allen Mitgliedsbüchern, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, den Namen und die Branche, in der es tätig ist, eigenhändig einzutragen.

Achtung!

in die Wissensdurstigen!

Die Bibliothek ist vom 15. November ab in der Zeit von 8—2 und ½5—6 Uhr geöffnet. Außerdem jeden Montag bis 9 Uhr abends und jeden Freitag bis 10 Uhr abends. Der neue Katalog wird jedem Leser in der Bibliothek Michaelkirchplatz 2, vorn parterre, in der oben angeführten Bürozeit gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt.

Bibliothek!

Achtung!

Krankenabfertigung!

Um in der Krankenabfertigung für die Zukunft zu vermeiden, daß die Mitglieder oder deren Angehörige allzu lange warten müssen, ersuchen wir folgendes zu beachten. In den schriftlichen Meldungen ob per Brief oder Postkarte ist der Name des Mitgliedes, die Verbandsmitgliedsnummer, sowie der Tag Arbeitsunfähigkeit, der vom Arzt festgestellt ist, anzugeben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt Wpl, 2882 und 4747.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe.

Vom 1. Oktober ist an den Sonntagen die Arbeitszeit von 12—2 Uhr. Die Kollegen werden hierdurch aufgefordert, rechtzeitig die Ueberweisungskommission von Lebertretungen in Kenntnis zu setzen.

Das Büro, Alte Leipzigerstr. 1, Telefon Zentrum, Nr. 2632 und 9330, ist an den Sonntagen, vormittags von 9—11 Uhr zwecks Annahme von Meldungen betreffs Lebertretung der Sonntagsruhebestimmungen geöffnet. Die Ueberwachungskommission.

Lebens- und Genussmittelbranche!

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus den Bäckereien, Konditoreien, Schlächtereien, Kolonialwaren-, Delikatess-, Fisch-, Wild-, Geflügel-, Obst-, Gemüse-, Blumen-, Schokoladen-, Zigarrengeschäften usw.

Am Freitag, den 13. Dezember, abends 9 Uhr, findet im Arbeitsnachweisbüro, Alte Leipzigerstr. 1, eine äußerst wichtige Branchen-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vortrag des Kollegen Schacht über: „Die Entstehung der Religion“. 2. Bericht von der örtlichen General-Versammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Vertrauensleute der Textilbranche.

Die Sitzungen der Vertrauensleute obiger Branche finden jeden 1. Montag im Monat im Arbeitsnachweisbüro, Alte Leipzigerstr. 1, abends 8½ Uhr statt.

In diesen Sitzungen zu erscheinen, ist Ehrenpflicht aller Kollegen Vertrauensleute.

Voranzeige!

Textilbranche.

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Baumwoll-, Woll-, Teppich-, Manufaktur-, Wollwaren-, Wäsche- und Dekatur-Branche.

Am Sonntag, den 12. Januar 1913, abends 6 Uhr, findet in den „Mustik-Sälen“, Kaiser Wilhelm-Straße 18 m, ein

geselliges Beisammensein

verbunden mit Tanz und humoristischen Vorträgen.

Zu dieser Veranstaltung erwarten wir eine recht rege Beteiligung sämtlicher Kollegen mit ihren Familien.

Die Branchenleitung.

Herrn-, Burschen-, Knaben-Konfektion!

Die Kollegen aus den Betrieben obiger Branchen werden ersucht, umgehend ihre Adressen an den Kollegen Schacht, Alte Leipzigerstr. 1, abzugeben.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Verbandskolleginnen und -Kollegen aller Branchen!

Bei der Firma

Johannes Gerold, Lützowstr. 94

befinden sich unsere Kolleginnen und Kollegen seit zwei Wochen in einem

Abwehrstreik.

Die Firma mißachtet das Recht ihrer Arbeiter, sich freigewerkschaftlich organisieren zu dürfen und züchtet in ihrem Betriebe eine gelbe Organisation groß, welche den

Zweck hat, die Betätigung der bei Gerold beschäftigten Arbeitnehmer auf gewerkschaftlichem Gebiete niederzuhalten.

Als unsere Kolleginnen und Kollegen sich hiergegen zu wehren versuchten, ging die Firma zu Entlassungen über. Einer nach dem Andern sollte auf Straßensplaster fliegen. An Stelle der alten Arbeiter will die Firma jugendliche Arbeiter zu billigen Löhnen beschäftigen.

Kollegen! Die Firma, welche einerseits organisationsfeindlich gesinnt ist, versucht andererseits in den großen Buchdruckereien, Krankenkassen und industriellen Werken ihren Kasse und sonstige Kolonialwaren an die Arbeiterschaft zum Verkauf zu bringen.

Verbandsmitglieder! Achtet darauf, daß unseren streikenden Kolleginnen und Kollegen bei Gerold die größte Solidarität gezeigt wird.

Die Firma ist als gesperrt zu betrachten.

Die Sektionsleitung, J. A.: A. U t h e ß.

Branchenberater,

Branchenleiter, Betriebs-Vertrauensleute!

Jeder Funktionär der Sektion II muß es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, für den Ausbau des Verbandes nach Innen und Außen Sorge zu tragen. Die Branchenleitungen haben darauf zu achten, daß die Vertrauensmänner-Listen stets in Ordnung gehalten werden und weiter dafür zu sorgen, daß Betriebsvertrauensleute, welche aus ihren Ämtern ausscheiden, sofort durch andere ersetzt werden. Kein Betrieb darf ohne einen Vertrauensmann sein! Den Betriebsvertrauensleuten erwächst die Pflicht, für die Ausbreitung und Aufrechterhaltung der Organisation unter seinen Arbeitskameraden im Betriebe Sorge zu tragen; außerdem müssen die Vertrauensleute die für sie zuständigen Branchensitzungen unbedingt besuchen und ferner ihre Branchenleiter und Branchenberater über Mißstände und sonstige Vorkommnisse, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben, in Kenntnis setzen.

Die Sektion II, A. U t h e ß.

